Konstanty, Reinhold

Forderungen für ein Gesetz zur Förderung und zum Schutz der Gesundheit in der Arbeitsumwelt

in WSI-Mitteilungen 9/1991, Seiten 576–588

Die Arbeitsumwelt in der Bundesrepublik ist durch eine tiefe Kluft zwischen dem Maß der produzierten Gesundheitsrisiken einerseits und der Unzulänglichkeit der vorhandenen Gesetzes-, Vollzugs- und Erforschungs- sowie Ermittlungsinstrumente andererseits gekennzeichnet. Diese unterlegene Position der Arbeitnehmer beim Gesundheitsschutz wird durch unzulängliche Rechte von Arbeitnehmern, Betriebs- und Personalräten und Gewerkschaften vervollständigt. Der DGB fordert seit 1977 eine grundlegende Neuordnung durch ein Arbeitsschutzgesetz. Die Verpflichtung der Bundesrepublik, die von der EG zum Gesundheitsschutz in der Arbeitsumwelt erlassenen Richtlinien bis Ende 1992 in deutsches Recht umzusetzen, und eine entsprechende Regelung im deutschen Einigungsvertrag sind aktuelle Auslöser der neu entbrannten Diskussion für ein gesetzliches Reformvorhaben. Die Eckpunkte hierfür werden in den Forderungen für ein Arbeitsumweltgesetz beschrieben.

Angermaier, Max/Schmitthenner, Horst/Zwingmann, Bruno

Arbeit und Gesundheit in der gewerkschaftlichen Politik – Ansätze für eine Neuorientierung

in WSI-Mitteilungen 9/1991, Seiten 522–532

In den Gewerkschaften hat in den letzten Jahren eine deutliche Aktivierung der Politik im Gesundheitsschutz in der Arbeitsumwelt eingesetzt. Mit einem gewissen Zeitverzug gegenüber der allgemeinen Umweltdiskussion erweisen sich zunehmend auch Arbeitsumweltthemen als öffentlichkeitswirksam und mobilisierungsfähig. Der Gesundheitsschutz in der Arbeitsumwelt steht vor allem wegen der bevorstehenden Umsetzung der fortschrittlicheren Bestimmungen des EG-Rechtes zum Arbeitsumweltschutz vor einer neuen Reformphase. Hierdurch wachsen auch die Anforderungen an die gewerkschaftliche Interessenvertretung beträchtlich. Vor allem durch neue tarifliche und betriebliche Handlungsansätze muß die aktive Rolle der einzelnen Arbeitnehmer und Belegschaften gestärkt werden mit dem Ziel der Initiierung einer breiten Gesundheitsbewegung in den Betrieben.

Schultze, Wolfgang/Hinne, Klaus/Mattik, Ulrich

Neue Aufgaben der Berufsgenossenschaften

in WSI-Mitteilungen 9/1991, Seiten 533–540

Im Zuge der Novellierung des Gerätesicherheitsgesetzes und des Arbeitsicherheitsgesetzes soll der Kompetenzbereich der Berufsgenossenschaften auf arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren und die Überwachung auch staatlicher Vorschriften des Arbeitsschutzes erweitert werden. Dies bedeutet eine große Herausforderung für die berufsgenossenschaftliche Selbstverwaltung. Es müssen auch neue Konzepte für die berufsgenossenschaftliche Praxis entwickelt werden. Einen besonderen Schwerpunkt bilden dabei die kleinen Betriebe und der Aufbau des Arbeitsschutzsystems in den neuen Bundesländern.

Peretzki-Leid, Ulrike

Aufgaben der Bundesländer im Gesundheitschutz in der Arbeitsumwelt

in WSI-Mitteilungen 9/1991, Seiten 540–543

Das Arbeitsschutzsystem in der Bundesrepublik Deutschland ist wegen seiner Zersplitterung und personeller sowie logistischer Defizite mit Mängeln behaftet. Dies gilt in besonderem Maße für den den Ländern obliegenden gesetzlichen Arbeitsschutz. Neue Anforderungen an den Gesundheitsschutz in der Arbeitsumwelt erfordern über die hoheitlichen Aufsichtsfunktionen hinausgehende Aufgabenerfüllung, insbesondere auf den Gebieten Information und Beratung. In der Zuständigkeit der Bundesländer sollen Bedarfsanalysen, neue Strukturen und Institutionen einen verbesserten Arbeitsschutz ermöglichen.

Lißner, Lothar

Forschung zu Arbeit und Gesundheit – Situation, Handlungsbedarf und Aktivitäten gewerkschaftlicher Kooperationsstellen –

in WSI-Mitteilungen 9/1991, Seiten 544–554

Die Forschung zu Arbeit und Gesundheit wird auf Defizite, Handlungsbedarf und Handlungschancen von Gewerkschaften hin untersucht. Organisation, konzeptionelle Selbstreflexion, Finanzierung und Nutzung internationaler Erkenntnisse sind in vielen Forschungssektoren nicht ausreichend, um auf die nationalen betrieblichen Gesundheitsschutzprobleme angemessen reagieren zu können. Handlungsbedarf ergibt sich sowohl bezüglich der Analyse der Zusammenhänge von Arbeitsbedingungen und Gesundheit sowie der Gestaltungs-, Umsetzungs- und Wirkungsforschung. Das Geltendmachen gewerkschaftlicher Interessen in diesem Forschungsbereich kann im Rahmen der Tätigkeit von Kooperations- und Technologieberatungsstellen, gefördert werden.

Küpper, Bettina/Stolz-Willig, Brigitte

Frauenarbeitsschutz – noch zeitgemäß in einem vereinten Deutschland?

in WSI-Mitteilungen 9/1991, Seiten 555–565

Der Arbeits- und Gesundheitsschutz von Frauen und Männern in den alten und neuen Bundesländern weist erhebliche Mängel auf. Von einer möglichen Übertragung bundesrepublikanischer frauenspezifischer Schutzregelungen auf das Gebiet der ehemaligen DDR ist kein ausreichender Gesundheitsschutz zu erwarten, wohl aber eine Verschärfung der Diskriminierung von Frauen im Beschäftigungssystem. Notwendig ist eine Gesamtreform des Arbeitsschutzes mit dem Ziel, das Gesundheitsschutzniveau der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im vereinten Deutschland generell zu erhöhen.

Giesert, Marianne/Höfle, Margit

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit im Bereich „Arbeit und Gesundheit"

in WSI-Mitteilungen 9/1991, Seiten 565–572

Durch den Einsatz von neuen Technologien und Veränderungen in der Arbeitsorganisation haben sich die Belastungen und Beanspruchungen verändert, arbeitsbedingte Erkrankungen zugenommen. Aufgrund des deutsch-deutschen Einigungsvertrages und der EG-Harmonisierung wird das Arbeitsschutzrecht novelliert. Dies bringt eine Erweiterung des Mitbestimmungsrahmens für die betrieblichen Interessenvertretungen mit sich. Der Artikel formuliert Anforderungen, die sich hieraus für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit im Bereich Arbeit, Gesundheit, Umwelt ergeben und zeigt in diesem Zusammenhang erste Ansätze des DGB und der Einzelgewerkschaften auf.

Ganz, Birgit/Landerer, Christoph

Arbeitsumweltschutz als neue Beratungs- und Qualifizierungsaufgabe für DGB-Technologieberatungsstellen – Ein Erfahrungsbericht –

in WSI-Mitteilungen 9/1991, Seiten 572–576

Durch die Vereinheitlichung des Arbeitsschutzrechtes innerhalb der EG ergibt sich ein großer Beratungsbedarf bei den gesetzlichen und gewerkschaftlichen Arbeitnehmervertretungen bei der Umsetzung des neuen Arbeitsumweltschutzrechtes.

Die DGB-Technologieberatungsstellen verfügen über wichtige Voraussetzungen, um eine Beratung zum Arbeitsumweltschutz zu übernehmen. Da es sich bei der Arbeitsumweltschutzberatung um eine öffentliche Aufgabe handelt, fordern die Autoren eine Finanzierung in den alten Bundesländern durch die Landesregierungen und in den neuen Bundesländern durch die Bundesregierung.

Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes

WSI Mitteilungen

10/1991
Oktober
44. Jahrgang

Zunehmende Schieflagen in der Einkommensverteilung

– Zur Entwicklung der Einkommensverteilung 1990 –

Von Claus Schäfer*) **)

1. Einleitung

Trotz der in 1990 vollzogenen deutschen Vereinigung beziehen sich die hier vorgelegten Daten für die *effektiven* Einkommen überwiegend noch auf die *alten* Bundesländer. (*Tarifliche* Einkommen sind traditionell Gegenstand anderer regelmäßiger WSI-Veröffentlichungen[1]). Für die *neuen* Bundesländer liegen bisher nur wenige Daten vor, die hier für die Ebene der Haushalts-Einkommen teilweise Berücksichtigung finden. Allerdings gilt für individuelle wie für Haushalts-Einkommen in den *neuen* Bundesländern: ihre Höhe ist sehr schnell „vergänglich" bzw. „transitorisch", weil sie sich in einem mehr oder weniger schnellen Anpassungsprozeß an das westliche Niveau befinden. „Anpassung" heißt aber nur Aufstieg, *wenn* es Arbeit und dann auch Arbeits-Einkommen gibt; wenn *nicht*, kann „Anpassung" auch Abstieg sein. Insofern bedeutet bis auf weiteres jede empirische „Momentaufnahme" der Einkommenslage im Osten, selbst wenn statistische Daten vorgelegt werden können, einen heiklen Interpretationsakt. Darauf wird in diesem Beitrag zurückzukommen sein.

Gliederung

1. Einleitung
2. Die gesamtwirtschaftliche Einkommensentwicklung 1990 (und in den Vorjahren)
   2.1 Sinkende Gewinnquote – steigende Gewinne?
   2.2 Steigende Lohnquote – sinkende Löhne?
3. Individuelle Einkommen aus Arbeitnehmertätigkeit
   3.1 Arbeits-Einkommen außerhalb und innerhalb des Normalarbeitsverhältnisses
   3.2 Arbeits-Einkommen von Vollzeit-Beschäftigten in industriellen Wirtschaftsbereichen
4. Haushalts-Einkommen aller sozialen Gruppen . . .
   4.1 in West . . .
   4.2 . . . und Ost
5. Einkommens„arme" Personen und Haushalte
6. Verteilungspolitik als „innere Vereinigungspolitik"

2. Die gesamtwirtschaftliche Einkommensentwicklung 1990 (und in den Vorjahren)

Wie Produktion und Beschäftigung war auch die Einkommensbildung 1990 in Westdeutschland von dem durch die *deutsche Vereinigung* ausgehenden *Nachfrageschub* außerordentlich begünstigt; dieser verbesserte die ohnehin schon gute konjunkturelle Entwicklung zusätzlich. Ein zweiter besonders begünstigender Faktor war – auf der Netto-Einkommensebene – das Inkrafttreten der *3. Stufe* der sogenannten *Steuerreform* ab 1. 1. 1990, die z. B. das Lohnsteueraufkommen im Gegensatz zu den vorangegangenen beiden Stufen auch absolut zurückgehen ließ.

Auf dieser Basis wuchsen *Bruttosozialprodukt* (nominal + 8,0 vH, real + 4,5 vH) und *Volkseinkommen* (nominal + 7,9 vH) im Jahr 1990 deutlich stärker als im Vorjahr (+ 6,5 vH bzw. + 3,8 vH; + 6,0 vH); real ist das beim BSP der stärkste Zuwachs seit 1976 (+ 5,5 vH). In-

*) Dipl.-Volkswirt, Wissenschaftlicher Referent im WSI.

**) Der Autor dankt dem *Statistischen Bundesamt* für die Überlassung unveröffentlichten Materials; er bedankt sich auch für ebenso wertvolle Hilfestellung im WSI bei *Rudolf Görlich* und *Christiane Ochs* für Pflege und Auswertung des Verdienststatistik-Programms, insbesondere bei *Rudolf Görlich* für mehrere einkommenstatistische Einzelberechnungen.

[1]) Vgl. zuletzt *Bispinck, R., WSI-Tarifarchiv*, Mehr Geld für Niedrigverdiener – Die Tarifrunde in Westdeutschland im 1. Halbjahr 1991, in: WSI-Mitteilungen 8/1991, S. 457 ff. – *Dieselben*, Alle Dämme gebrochen? – Die Tarifpolitik in den neuen Bundesländern im 1. Halbjahr 1991, ebenda, S. 466 ff.

nerhalb des Volkseinkommens stiegen die *Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen* brutto um 8,8 vH und netto um 11,7 vH (1989: + 9,9 vH bzw. + 8,3 vH); rechnet man den Anteil des Staates heraus (s. *Tabelle 2*), betrug der Anstieg brutto + 8,6 vH und netto 11,5 vH (1989: + 6,9 vH bzw. 4,9 vH). Die *Einkommen aus unselbständiger Arbeit* als zweiter Bestandteil des Volkseinkommens nahmen um brutto 7,5 vH zu (1989: + 4,5 vH); die *Lohn- und Gehaltsumme* (das ist das Einkommen aus unselbständiger Arbeit abzüglich der Arbeit*geber*-Beiträge zur sozialen Sicherung) erhöhte sich brutto um 7,8 vH und netto (nach Abzug von direkten Steuern und Sozialabgaben) um 10,7 vH (1989: + 4,6 vH bzw. + 3,7 vH). *Pro Kopf* der beschäftigten Arbeitnehmer wuchs die Lohn- und Gehaltsumme brutto um 4,7 vH und netto um 7,5 vH (1989: + 3,0 vH bzw. 2,0 vH).

Zu dieser Aufteilung des Volkseinkommens trugen zugunsten der „Gewinn-Einkommen" die Produktivitätsentwicklung (+ 1,9 vH, wie im Vorjahr) und der Preisanstieg bei (+ 2,7 vH; Vorjahr: + 2,9 vH) sowie wieder positive *terms of trade* (+ 1,5 vH), d. h. gestiegene Ausfuhrpreise bei gleichzeitig leicht gesunkenen Einfuhrpreisen, die per Saldo die Erlössituation im Geschäft mit dem Ausland verbesserten. Die Zunahme der Arbeits-Einkommen war geprägt – neben den Steuerentlastungen – von konjunkturbedingt durchgesetzten Tariferhöhungen (+ 3,9 vH; 1989: + 2,8 vH) als „Preiskomponente" und dem ebenfalls konjunkturbezogenen Beschäftigungszuwachs als „Mengenkomponente" (+ 3,2 vH; 1989: + 1,6 vH) – trotz dämpfend wirkender fortgesetzter Zunahme von Teilzeitbeschäftigung und Arbeitszeitverkürzung.

Tabelle 1

Bruttolohnquote und Arbeitnehmerquote 1960 bis 1990
– alte Bundesländer einschl. Berlin (West) –

Jahr	Tatsächliche Brutto-lohnquote[1]	Arbeitnehmerquote[2]		Struktur-bereinigte Brutto-lohnquote[4]
	vH	vH	1970 = 100	vH
1960	60,1	77,2	92,5	65,0
1965	65,3	80,9	97,0	67,3
1970	68,0	83,4	100,0	68,0
1975	74,1	86,0	103,2	71,9
1980	75,8	88,3	105,9	71,6
1981	76,8	88,4	106,0	72,4
1982	76,9	88,5	106,0	72,5
1983	74,6	88,4	106,0	70,4
1984	73,4	88,5	106,1	69,2
1985	73,0	88,6	106,2	68,7
1986	72,1	88,7	106,3	67,8
1987	72,6	88,9	106,6	68,1
1988	71,5	89,0	106,7	67,0
1989[3]	70,4	89,2	107,0	65,8
1990	70,2	89,6	107,4	65,4

1) Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen. – 2) Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen (Inländer). – 3) Bereinigt vom Einfluß, der sich aus der Änderung der Beschäftigtenstruktur ergibt. Die Arbeitnehmerquote des Jahres 1970 (83,4 vH) wird über alle Jahre hinweg konstant gehalten. – 4) Ab 1989 vorläufiges Ergebnis.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe S. 14. – Berechnungen des WSI.

Tabelle 2

Gesamtwirtschaftliches Brutto- und Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
(ohne Staat)
– alte Bundesländer –

Jahr	Bruttoeinkommen		Nettoeinkommen	
	Mill. DM	Veränderung (vH)	Mill. DM	Veränderung (vH)
1980	287 500	x	226 530	x
1981	288 540	+ 0,4	229 160	+ 1,2
1982	294 080	+ 1,9	235 500	+ 2,8
1983	344 020	+ 17,0	284 960	+ 21,0
1984	379 510	+ 10,3	316 890	+ 11,2
1985	400 890	+ 5,6	329 650	+ 4,0
1986	441 360	+ 10,1	367 800	+ 11,6
1987	456 040	+ 3,3	386 740	+ 5,1
1988	506 310	+ 11,0	430 590	+ 11,3
1989	541 420	+ 6,9	451 630	+ 4,9
1990	587 900	+ 8,6	503 370	+ 11,5

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, (Arbeitsunterlage, Stand: Juni 1991). – Berechnungen des WSI.

Die konjunkturelle Verteilungsentwicklung in 1990 bettet sich wegen ihres entscheidenden Charakteristikums – steigende Arbeits-Einkommen, schneller steigende Unternehmenseinkommen – nahtlos in die der letzten Jahre ein. Diese Entwicklung wird auch von den jetzt vorgelegten *revidierten* Aggregat-Daten der *Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR)* nachgezeichnet, die aufgrund der Ergebnisse der verschiedenen Großzählungen von 1987 (insbesondere der Volkszählung und der Arbeitsstättenzählung) zu Aggregatänderungen per Fortschreibung bis 1990 und Rückschreibung bis einschließlich 1970 geführt haben[2]). Wegen der seit Anfang der 80er Jahre *über*durchschnittlichen Dynamik der Gewinneinkommen sowie der *unter*durchschnittlichen Dynamik der Arbeitseinkommen (deren Zuwachsraten von Jahr zu Jahr sich *vor* und *nach* der VGR-Revision nur wenig unterscheiden) ist die Lohnquote bereinigt wie unbereinigt kontinuierlich gefallen und die „Gewinnquote" ebenso gestiegen – und zwar seit 1980 um mehr als sechs Prozentpunkte (vgl. *Tabelle 1*): Die in der Geschichte der Bundesrepublik bis vor kurzem noch niedrigste *bereinigte Lohnquote* von 65,0 vH im Jahr 1960 wird zwar in 1990 nicht unterboten (wie das *vor* der VGR-Revision schon für 1986 und die Folgejahre ausgeführt werden konnte); aber mit 65,4 vH in 1990 ist sie von diesem historischen Tiefstand nur noch wenig entfernt.

Insgesamt seit 1980 sind die „*Gewinn*-Einkommen" (ohne staatliche Gewinneinkommen) brutto um 104 vH und netto um 122 vH gestiegen (vgl. *Tabelle 2*), die Arbeits-Einkommen brutto (netto) um 62 vH (47 vH); d. h. in der Netto-Rechnung klafft die Verteilungsentwicklung noch wesentlich stärker als in der Brutto-

[2]) Vgl. dazu *Lützel, H. und Mitarbeiter*, Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1970 bis 1990, in: Wirtschaft und Statistik 4/1991, S. 227 ff.

Tabelle 3

Unternehmensgewinne und direkte Steuern der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit
– alte Bundesländer –

Jahr	Brutto-Unternehmensgewinne				Direkte Steuern		Netto-Unternehmensgewinne				Durchschnittl. Steuerbelastung	
	Mill. DM		Veränderung (vH)		Mill. DM		Mill. DM		Veränderung (vH)		vH	
	nach[1])	vor[2])	nach	vor	nach	vor	nach	vor	nach	vor	nach	vor
1980	77 270	68 270	–1,1	–	25 950	26 380	51 320	41 890	1,2	–	33,6	38,6
1981	85 860	73 460	11,1	7,6	25 250	25 660	60 610	47 800	18,1	14,1	29,4	34,9
1982	91 290	82 320	6,3	12,1	26 720	27 140	64 570	55 180	6,5	15,4	29,3	33,0
1983	112 130	98 210	22,8	19,3	29 610	29 610	82 520	68 600	27,8	24,3	26,4	30,1
1984	125 300	110 550	11,7	12,6	34 450	34 460	90 850	76 090	10,1	10,9	27,5	31,2
1985	133 010	117 650	6,2	6,4	39 220	39 230	93 790	78 420	3,2	3,1	29,5	33,3
1986	142 870	118 700	7,4	0,9	38 500	38 800	104 370	79 900	11,3	1,9	26,9	32,7
1987	143 210	121 290	0,2	2,2	34 500	34 500	108 710	86 790	4,2	8,6	24,1	28,4
1988	153 740	132 050	7,4	8,9	37 590	37 640	116 150	94 410	6,8	5,0	24,5	28,5
1989	164 910	–	7,3	–	43 280	43 270	121 630	–	4,7	–	26,2	–
1990	180 530	–	9,5	–	38 680	–	141 850	–	16,6	–	21,4	–

[1]) nach der VGR-Revision 1991. – [2]) vor der VGR-Revision 1991.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen – Stand: Sept. 1991). – Berechnungen des WSI.

Rechnung auseinander. Noch deutlicher wird dies zu Lasten der Arbeitnehmer in der *Pro-Kopf-Rechnung*, die auch eine sinnvolle Preisbereinigung erlaubt (vgl. auch *Tabelle 4*): Brutto (netto) haben die durchschnittlichen Arbeits-Einkommen seit 1980 um 42 vH (38 vH) zugenommen, *real* (nach Abzug der Preissteigerungen) jedoch im ganzen Zeitraum nur um 7,1 vH. Und von diesem bescheidenen Kaufkraft-Zuwachs pro Kopf in einem ganzen Jahrzehnt „Aufschwung" sind mehr als zwei Drittel (4,8 vH) auf die Entwicklung in 1990 mit dem besonderen Zusammenwirken von Tariflohnerhöhungen und Steuerentlastungen zurückzuführen.

Allerdings hat es durch die VGR-Revision neben der Bestätigung der bisherigen Verteilung*sentwicklung* eine beachtliche Veränderung des *Niveaus* der Verteilungsaggregate gegeben – und zwar in eine vor der Revision nicht erwartete Richtung: Aufgrund der durch die verschiedenen Großzählungen verfügbaren neuen Informationen[3]) wurde die *originär* (insbesondere über die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung) bestimmte *Bruttolohn- und -gehaltsumme* für 1990 um 48 Mrd. DM oder fast 4 vH des früheren Niveaus heraufgesetzt (und in den Vorjahren entsprechend); damit wurde auch – bei so gut wie unveränderten Sozialbeiträgen der Arbeitgeber – das *Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit* in etwa gleichem Ausmaß erhöht. Gleichzeitig *vermindert* wurden das ebenfalls auf Entstehungsseite und Verwendungsseite weitgehend *originär* bestimmte *Sozialprodukt* wie auch das Volkseinkommen um rund 20 Mrd. DM bzw. 23 Mrd. DM für 1990 (und in den Vorjahren mit entsprechend niedrigeren Beträgen).

Da nun das *Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen* generell als *Rest* bzw. als Differenz zwischen diesen Größen ermittelt und eben *nicht originär* geschätzt wird, mußte es zwangsläufig im wesentlichen um die Summe der genannten Abweichungen der beiden erstgenannten Aggregatwerte vor und nach der Revision herabgesetzt werden – um 74 Mrd. DM oder etwa 12 vH des früheren Niveaus für 1990 (und ähnlich für die Vorjahre). Als Konsequenz ergeben sich auch *höhere* Lohnquoten und *niedrigere* Gewinnquoten als *vor* der Revision. Diese Revisions-Ursachen und ihre Konsequenzen waren im Vorjahr nach damaligem Kenntnisstand nicht vorherzusehen, als in dem 1990er Verteilungsbericht des *WSI* eine durch die anstehende VGR-Revision wahrscheinlich weitere Absenkung des Lohnquoten-Niveaus für den Revisionszeitraum vorhergesagt wurde (nachdem durch die Revision der Erwerbstätigen-Statistik von 1990 schon eine Absenkung eingetreten war). Die jetzigen Niveau-Veränderungen der Verteilungsquoten sind aus mehreren Gründen bemerkenswert:

2.1 Sinkende Gewinnquote – steigende Gewinne?

Bleibt man zunächst – wie andere Teilnehmer der Verteilungsdiskussion auch – auf einer globalen Argumentationsebene, wie sie scheinbar von „gesamtwirtschaftlichen" Quoten nahegelegt wird, so ist man versucht, der etwa von den Arbeitgebern beklagten bisherigen *Überschätzung* des „Gewinnquoten"-Niveaus *vor* der VGR-Revision[4]) folgendes entgegenzuhalten: Offenbar ist die „Aufschwung" genannte ökonomische Entwicklung seit Beginn der 80er Jahre von einem wesentlich niedrigeren Gewinn-Niveau aus möglich gewesen als bisher auch von denen vermutet, die in einer „ausreichenden" Gewinnhöhe bzw. der Befriedigung eines „Gewinn-Nachholbedarfs" einen Schlüssel für die genannte Entwicklung sehen und daraus umgekehrt einen Drohknüppel gegenüber den „zu hohen" Löhnen machen[5]). Vielmehr ist das „Gewinn-Anspruchsniveau" – wenn es denn ein solches als Motor unterneh-

[3]) Vgl. ebenda, Seite 242 ff.

[4]) Vgl. z. B. *Institut der Deutschen Wirtschaft (IW)*, VGR-Revision – Volkseinkommen völlig neu verteilt, in: Informationsdienst des Instituts der Deutschen Wirtschaft (iwd) 19/1991, S. 3.

[5]) Siehe zu dieser Position zuletzt die *Deutsche Bundesbank*, Die Entwicklung der Einkommen und ihre Verteilung in Westdeutschland seit 1982, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, August 1991, Seite 43 ff.

merischer Tätigkeit überhaupt geben sollte – bescheidener (gewesen). Daß es neben dem „bescheideneren" Ausgangsniveau als bisher vermutet bzw. von der VGR vor der Revision suggeriert *auch* auf die Entwicklungsdynamik von diesem Ausgangsniveau aus ankommen kann, soll hier nicht bestritten werden. Ob es dabei aber in Abhängigkeit von dieser Dynamik zu neuen und irreversiblen bzw. „eisernen" höheren Anspruchsniveaus kommen muß, die unter allen Umständen bedient werden wollen bzw. unumgängliches Rüstzeug für „neue unternehmerische Herausforderungen" wie die deutsche oder die europäische Vereinigung sein sollen – eine in der Verteilungsdiskussion immer wieder durchschimmernde Position[6]) –, scheint doch sehr fraglich.

Das Anmelden von weiterem gesamtwirtschaftlichem Gewinn-Bedarf ist um so problematischer, als neben der Gewinn*höhe* auch die *Rendite* und die *Liquidität* als Ausdruck gegenwärtiger Leistungsfähigkeit wie zukunftsorientierter Investitionsfähigkeit zu berücksichtigen sind. Und diese sind auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene sehr gut, wie verfügbare Berechnungen auf der Basis der VGR-Revision belegen[7]):

- Die reale, d. h. auf das Anlagevermögen zu *Wiederbeschaffungs*preisen bezogene *Netto-Kapitalrendite* ist 1990 mit 15,4 vH so hoch wie zu Vollbeschäftigungszeiten Mitte der 60er und Anfang der 70er Jahre (etwas höhere Werte gab es nur von 1968 bis 1970 mit 15,8 bzw. 16,2 vH);
- die *Stückgewinne* (d. h. die Brutto-Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttosozialprodukts) sind seit 1980 um rund 64 vH gestiegen, während die Lohnstückkosten (Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Sozialprodukts) nur um 23 vH gestiegen sind;
- die *unternehmenseigenen Finanzierungsmittel* (d. h. die Summe aus Nettogewinnen, Abschreibungen und staatlichen Investitionszuschüssen abzüglich eines kalkulatorischen „Unternehmerkonsums") überstiegen wie in den Vorjahren auch 1990 die Ausgaben der Unternehmen für Anlageinvestitionen deutlich (um 12 vH), so daß die Bundesbank mit Blick auf diese mehrjährige Entwicklung schreibt: „So reichlich war das Liquiditätspolster der westdeutschen Produktionsunternehmen bisher noch nie gewesen"[8]).

Zwar sind in solchen quoten- und renditenbezogenen Berechnungen von der volkswirtschaftlichen Gewinnquote häufig schon die Einkommen aus Vermögen, aus Vermietung, aus der Landwirtschaft, ein „kalkulatorischer Unternehmerlohn" u.a.m. abgezogen bzw. ausgeblendet, um nicht allzu willkürliche Quotenarithmetik zu betreiben. Es werden aber auch dabei noch die Gewinne der Waren und Dienstleistungen produzierenden *Unternehmen* wie auch die Gewinne von *Handwerkern, freien Berufen* usw. in einem Gewinn-Topf zusammengefaßt. Eine sehr viel weitergehende Differenzierung der Gewinn-Quellen ist zugegebenermaßen aufgrund der Datenlage auch kaum machbar.

[6]) Z. B. bei *Deutsche Bundesbank*, Vermögensbildung und ihre Finanzierung in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1990, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 5/1991, S. 14 ff.

[7]) Vgl. dazu ausführlich *DGB*, Gewinne eilen den Löhnen davon, in: DGB-Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik, 9/1991.

[8]) *Deutsche Bundesbank*, Vermögensbildung und ihre Finanzierung . . ., a.a.O., S. 17.

Tabelle 4

Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommen
– alte Bundesländer –

Jahr	Durchschnittliche Tariflohn- und -gehaltserhöhungen[1])	Preise[2]) (Veränderung)	Abzüge[3])			Durchschnittliches Arbeitseinkommen[4])				Reale Veränderung (netto)
						Brutto		Netto		
			Lohnsteuer	Sozialabgaben	Gesamte Abzüge	absolut	Veränderung	absolut	Veränderung	
	vH	vH	vH	vH	vH	DM	vH	DM	vH	vH
1980	6,7	+ 5,3	15,8	12,8	28,7	2 474	+ 6,6	1 765	+ 5,2	– 0,0
1981	5,5	+ 6,3	15,7	13,1	28,8	2 593	+ 4,8	1 847	+ 4,6	– 1,6
1982	4,0	+ 5,4	16,0	13,4	29,4	2 695	+ 3,9	1 904	+ 3,1	– 2,2
1983	3,3	+ 3,2	16,4	13,6	30,0	2 781	+ 3,2	1 948	+ 2,3	– 0,9
1984	2,9	+ 2,4	16,9	13,8	30,7	2 865	+ 3,0	1 986	+ 1,9	– 0,5
1985	2,8	+ 2,0	17,5	14,1	31,5	2 949	+ 2,9	2 020	+ 1,7	– 0,3
1986	3,5	– 0,2	17,1	14,2	31,3	3 055	+ 3,6	2 100	+ 4,0	+ 4,2
1987	3,4	+ 0,1	17,8	14,2	32,0	3 151	+ 3,1	2 144	+ 2,1	+ 2,0
1988	2,9	+ 1,1	17,4	14,3	31,8	3 245	+ 3,0	2 215	+ 3,3	+ 2,2
1989	2,8	+ 2,9	18,0	14,3	32,4	3 343	+ 3,0	2 261	+ 2,1	– 0,8
1990[5])	3,9	+ 2,7	16,1	14,3	30,5	3 500	+ 4,7	2 433	+ 7,6	+ 4,8

1) Erhöhung ohne Einbeziehung der Zusatzleistungen. Bis 1983: Berechnet auf Monatsbasis einschl. Beamtenbezüge. Quelle: Deutsche Bundesbank; Monatsberichte; ab 1984: ohne Beamtenbezüge; Quelle: WSI-Tarifarchiv. – 2) Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushaltes von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen. – 3) Lohnsteuer und Sozialabgaben gemessen an der Bruttolohn- und -gehaltsumme. – 4) Brutto- bzw. Nettolohn- und -gehaltsumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer im Monat. – 5) Vorläufiges Ergebnis.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 17, Reihe 7 und Fachserie 18, Reihe S. 15 (unveröffentlichte Arbeitsunterlage). – Berechnungen des WSI.

Immerhin erlaubt die VGR noch die Unterscheidung der Gewinne von „Unternehmen *mit* eigener" und „*ohne* eigene Rechtspersönlichkeit"; in der ersten Gruppe sind im wesentlichen die Kapitalgesellschaften unter den Produktionsunternehmen, auch Bahn und Post, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit sowie (unabhängig von ihrer Rechtsform) alle Kreditinstitute zusammengefaßt, in der zweiten Gruppe i. w. alle restlichen Unternehmen, Personengesellschaften und Einzelunternehmen einschließlich der Landwirte, der freien Berufe und der privaten Wohnungsvermietung. Wegen der großen Heterogenität der letzten Gruppe wird im WSI-Verteilungsbericht *nur* die Gewinnentwicklung der *ersten* Gruppe als einigermaßen befriedigender Indikator für die Gewinne aller produzierenden Unternehmen bzw. Betriebe angesehen und in *Tabelle 3* auch quantitativ dargestellt; oder mit anderen Worten: was sich bei den *Kapitalgesellschaften* als Gewinnentwicklung zeigt, kann bei den Nicht-Kapitalgesellschaften unter den produzierenden Unternehmen *nicht wesentlich* anders verlaufen.

Für die Brutto-Gewinne der Unternehmen *mit* eigener Rechtspersönlichkeit aber wartet die VGR-Revision wieder mit einer Überraschung auf, weil sie entgegen der *Herab*setzung der volkswirtschaftlichen Gewinnquote *herauf*gesetzt wurden – und zwar für den Zeitraum ab 1980 außerordentlich kräftig um teilweise bis zu 20,4 vH mehr (in 1986) als *vor* der Revision. Gleichzeitig sind die direkten Steuern dieser Unternehmen durch die Revision im selben Zeitraum überwiegend – wenn auch nur leicht – *abgesenkt* worden, so daß die Heraufsetzung der Netto-Gewinne noch kräftiger als auf Bruttoebene ausfällt. Und die durchschnittliche Belastung dieser Unternehmen mit direkten Steuern fällt entsprechned niedriger aus.

Wesentlicher Grund für diese deutlichen Veränderungen ist nach Auskunft des *Statistischen Bundesamtes* die jetzt erst verfügbare Auswertung der Gewinnsteuer-Statistik für 1986, die zusammen mit der ebenfalls ausgewerteten Gewinnsteuer-Statistik für 1983 erlaubt hat, die vorangegangene Fortschreibung der Gewinne auf der Basis der Gewinnsteuer-Statistik von 1980 durch realitätsnähere Werte abzulösen. Während die Steuerzahlungen als Staatseinnahmen schon *vor* der Revision gut bekannt waren, traf dies für die zu versteuernden Gewinne offenbar nicht zu. Jedenfalls bestätigt die jetzt festgestellte Gewinnentwicklung vielfach schon vorhandene Indizien z. B. aus einzelbetrieblichen Gewinn-Analysen, die auf eine außerordentlich gute Ertragslage hinweisen.

Zwar sind, ebenfalls nach Auskunft des *Statistischen Bundesamtes*, gleichzeitig die Gewinne der Unternehmen *ohne* eigene Rechtspersönlichkeit im Revisionszeitraum deutlich *abgesenkt* worden; hier kam das oben schon erwähnte „Rest-Ermittlungsprinzip" zum Zuge, weil ja die volkswirtschaftliche Gewinnquote aus den geschilderten Gründen vermindert werden mußte. Deren Niveau-Senkung wird also im wesentlichen von den gesenkten Gewinnen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit „getragen". Eine Veröffentlichung des *Statistischen Bundesamtes*, die nähere Informationen dazu liefert und vielleicht auch Hinweise zur Aufhellung der Gegenläufigkeit in der Gewinnentwicklung von Unternehmen mit und ohne eigene Rechtspersönlichkeit gibt, ist in Vorbereitung[9]). Trotzdem dürfte an der oben begründeten Aussagefähigkeit der Gewinne in den Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit für *alle* produzierenden Unternehmen schwerlich zu zweifeln sein. Ja deren Aussagefähigkeit ist sogar durch folgendes Argument zusätzlich zu bekräftigen: Produktions-Unternehmen *mit* eigener Rechtspersönlichkeit bzw. Kapitalgesellschaften sind in der Regel größere Unternehmen, die *ohne* eigene Rechtspersönlichkeit eher kleine und mittlere Unternehmen. Gerade aber für letztere gibt es Hinweise, daß deren Rentabilität in den 80er Jahren durchschnittlich besser ist als die von Großunternehmen[10]). Jedenfalls ist angesichts der durch die VGR-Revision unterstrichenen sehr guten Gewinn-Situation der produzierenden Unternehmen wie der dadurch offenbar gewordenen geringen Belastung mit direkten Steuern *völlig unerfindlich*, wie die *Bundesregierung* die von ihr geplanten weiteren Entlastungen der Unternehmenssteuern rechtfertigen will.

2.2 Steigende Lohnquote – sinkende Löhne?

Noch bemerkenswerter sind die ausschlaggebenden Gründe, die zur *Heraufsetzung* der originär ermittelten *Bruttolohn- und -gehaltsumme* im Zuge der VGR-Revision geführt haben, gerade weil ihr Effekt in Form einer niveau-erhöhten Lohnquote scheinbar auch einem von gewerkschaftlicher Seite reklamierten Nachholbedarf an Umverteilung zugunsten der Arbeitnehmer zu widersprechen scheint. Ursächlich ist die bisherige, d. h. *vor* der Revision stattgefundene *Unter*erfassung *der* Arbeitseinkommen, die *nicht* der Sozialversicherungspflicht unterliegen[11]). Zwar konnte diese Untererfassung seit langem erwartet werden, weil bis zur Revision 1991 in den Vorjahren im wesentlichen die Ergebnisse von Volkszählung und Arbeitsstättenzählung aus dem Jahr 1970 fortgeschrieben werden mußten, obwohl zwischenzeitlich schon zeitnähere und die Fortschrei-

[9]) Vgl. dazu auch auf der Basis der Steuer-Statistik die Analyse der Gewinnentwicklung der „freien Berufe" als Teil der „Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit" durch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): *Bedau, K.-D.*, Das Einkommen in den freien Berufen, in: DIW-Wochenbericht 37/1991, S. 521 ff.

[10]) Vgl. *Irsch, N.*, Zum Zusammenhang von Unternehmensgröße und Rentabilität in der Bundesrepublik Deutschland in der Mitte der 80er Jahre, in: Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik, Stuttgart 1988, S. 519 ff. – *Derselbe*, Die Entwicklung der Rentabilität kleinerer,

bung relativierende Informationen verfügbar wurden. Aber das mit der Revision zutage getretene Ausmaß der Untererfassung ist doch überraschend.

Denn fast der gesamte Umfang der oben genannten Anhebung von Bruttolohn- und -gehaltsumme sowie des Brutto-Einkommens aus unselbständiger Arbeit geht auf die Beseitigung dieser Untererfassung zurück. Quantitativ läßt sich das aus der Tatsache ableiten, daß durch die Revision die früheren Werte für die Sozialbeiträge der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer so gut wie *nicht* geändert worden sind; d. h. die der Sozialversicherungspflicht unterliegenden Arbeitseinkommen sind auch vor der Revision schon gut erfaßt worden. Dasselbe gilt für die ebenfalls durch die Revision so gut wie *unveränderten* absoluten Werte der direkten Steuern auf die Einkommen aus abhängiger Arbeit. Wegen dieser konstant gebliebenen Werte für Steuern und Sozialabgaben sinkt – bei gleichzeitig gestiegener Lohn- und Gehaltsumme durch bessere Erfassung nicht-sozialversicherungspflichtiger Einkommen – der Anteil der gesamten Abzüge an den Arbeitseinkommen gegenüber den Werten *vor* der Revision.

Damit wird ein Rückgang der durchschnittlichen Belastung der Arbeitseinkommen mit Abgaben angezeigt (im Durchschnitt der letzten Jahre um 1,4 vH jährlich; für 1990 z. B. von 31,9 vH *vor* der Revision auf 30,5 vH *nach* der Revision)[12]). Aber nicht nur das: Eine geringere durchschnittliche Belastung bedeutet eine Anhebung des durchschnittlichen *Netto*-Arbeitseinkommens pro Kopf auf einer ebenfalls schon erhöhten Bruttobasis; und da die Preissteigerungsraten durch die Revision auch mehr oder weniger unverändert geblieben sind, folgt aus einem gestiegenen Netto-Einkommen auch ein besseres durchschnittliches Real-Einkommen: War der ganze durchschnittliche *Real*-Einkommenszuwachs der Arbeitnehmer *vor* der Revision seit 1980 noch negativ (– 1,0 vH), so ist er jetzt *nach* der Revision positiv (+ 7,1 vH). Dieses bessere „Erscheinungsbild" des durchschnittlichen Arbeits-Einkommens ist die *rechnerische* Folge einer besseren Erfassung von *Rand*bereichen des gesamten Arbeits-Einkommens, eben der *nicht*-sozialversicherungspflichtigen Einkommen-(steile). Dieser Vorgang aber macht die Durchschnittsermittlung und -interpretation der Brutto- und Netto-Arbeits-Einkommen pro Kopf noch *problematischer* als früher schon. Diese Problematik wird noch deutlicher, wenn man die besser erfaßten und nicht der Sozialversicherungspflicht unterliegenden Einkommen näher betrachtet.

Diese Arbeitseinkommen werden aus *zwei* Quellen gespeist, deren jeweiliger Beitrag für den genannten revisionsbedingten Anstieg des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit allerdings im Rahmen der VGR nicht quantifizierbar ist: Die *erste* Quelle sind die Einkommen aus *geringfügiger Beschäftigung*. Sie sind parallel zur Zunahme der *Zahl* solcher Beschäftigungsverhältnisse angestiegen, die – obwohl ebenfalls nicht eindeutig identifizierbar – einen großen Teil der im Rahmen der Volkszählung 1987 „neu entdeckten" 1,4 Mill. abhängig Beschäftigten stellen dürften. Diese Vermutung liegt nahe, weil die 1,4 Mill. zusätzlichen Beschäftigungsverhältnisse zu einem erheblichen Teil aus Wirtschaftsbereichen mit generell schlechten Bezahlungs- und Arbeitsbedingungen stammen[13]).

Mehr als eine Vermutung kann leider nicht formuliert werden. Zwar war die tendenziell überproportionale Zunahme solcher Beschäftigungsverhältnisse schon früher bekannt und nicht zuletzt wegen ihrer Auswirkungen auf eben fehlende Beitragseinnahmen der Sozialversicherungen selbst von der Bundesregierung problematisiert worden[14]). Aber die Hoffnung, über die Volkszählung 1987 eine größere Klarheit über das Volumen dieser Beschäftigungsverhältnisse zu bekommen, hat sich nicht erfüllt. Auch nach der Einrechnung der Volkszählungsergebnisse in die Beschäftigtenstatistik bleibt die Anzahl der darin nachgewiesenen geringfügig Beschäftigten selbst in 1990 *unter* 1 Million Personen und wird daher von vielen Arbeitsmarkt-Beobachtern zahlenmäßig als zu gering angesehen. Leider ist zu befürchten, daß man einen größeren Aufschluß auch nicht durch die in einiger Zeit mögliche Auswertung der Sozialversicherungs-Ausweise bekommen wird, die seit Juli 1991 auch für Nicht-Sozialversicherungspflichtige vorgeschrieben sind. Denn schon jetzt zeichnet sich ab, daß es auf dieser Basis ebenfalls schwerfallen dürfte, zwischen angezeigten „*echten*" und *fingierten* Beschäftigungsfällen sowie zwischen vielen (kurzzeitigen) *Fällen* und dahinterstehenden *Personen* zu unterscheiden[15]). Trotzdem gilt auf jeden Fall: Würde man heute in der Beschäftigtenstatistik eine realistischerweise deutlich höhere Zahl von geringfügig Beschäftigten berücksichtigen, so würden die bereinigte Lohnquote und das durchschnittliche Arbeits-Einkommen pro Kopf *niedriger* ausfallen.

Die *zweite* Quelle des Anstiegs der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit sind diejenigen Einkommensteile bei „höheren" Einkommen, die *oberhalb* der Beitragsbemessungsgrenze liegen. Konnten diese Einkommensteile, die im wesentlichen im Angestelltenbereich und darunter auch bei leitenden Angestellten sowie echten Führungskräften in Gestalt von Geschäftsführern u. ä. anfallen, *vor* der Revision aufgrund der früheren Fortschreibungen auf rund 10 Mrd. DM für das Ende der 80er Jahre geschätzt werden, so müssen sie nach der Revision aufgrund von Angaben des *Statistischen Bundesamtes* auf mindestens 40 Mrd. DM veranschlagt werden. Solche Einkommen haben also in den letzten Jahren eine unerwartete Dynamik entfaltet, die mit der besseren Wirtschaftslage in den 80er Jahren und insbesondere den steigenden Unternehmensgewinnen in Zusammenhang gebracht werden muß. Diese haben vermutlich zur besonders starken Zunahme von erfolgs- und prämienabhängigen Einkommensbestandteilen solcher Gruppen „abhängiger" Beschäftigter geführt, deren Einkommen übertariflich oder außertariflich geregelt wird. Zusammen mit den Einkommensteilen *unterhalb* der Beitragsbemessungsgrenze (1986 schon über 70 Mrd. DM) bezieht diese Beschäftigtengruppe in den letzten Jahren also über 11 vH der gesamten Bruttolohn- und -gehaltsumme.

Wegen der besonderen Dynamik dieser Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze in Verbindung mit der besonderen Untergruppe der sie beziehenden „Manager-Beschäftigten" scheint es gerechtfertigt, hier den Charakter von Einkommen aus unselbständiger Arbeit zu relativieren und eher von einer „Einstreuung" von Gewinneinkommen in das Gesamtaggregat „Einkommen aus unselbständiger Arbeit" zu sprechen. So wie früher mit dem Begriff der „*Querverteilung*" unter Verweis auf steigende Vermögenseinkommen und selbst zunehmende Gewinn-Einkommen von Arbeitnehmern eine interessierte Seite die Lohnquote aufwerten bzw. einen Umverteilungsanspruch der Arbeitnehmer abwehren wollte, so könnte man heute die genannten Manager-Einkommen in der Lohnquote auch als weiteres Querverteilungs-Phänomen ansprechen. Im Prinzip ist dieses Phänomen noch nicht einmal auf besonders hohe Einkommen aus formal unselbständiger Arbeit beschränkt; auch in anderen Arbeitseinkommen ist es als Mißbrauch des Arbeitnehmer-Status enthalten, wenn der Eigentümer-Geschäftsführer Familienangehörige fiktiv als (Gewinnsteuer sparende) Arbeitnehmer beschäftigt oder sogar – wie in letzter Zeit zunehmend bekannt – mehrere Arbeitsverhältnisse mit geringfügiger Beschäftigung fingiert. Übrigens: daß es umgekehrt unter den de jure Selbständigen und ihren Einkommen auch *de facto* Abhängige und *Quasi*-Arbeitseinkommen gibt, ist hier wie an anderer Stelle ebenfalls schon betont worden[16]).

3. Individuelle Einkommen aus Arbeitnehmertätigkeit

Unabhängig von solchen Bewertungen und ihrer Etikettierung sind jedoch die bessere Erfassung von Randbereichen innerhalb des Arbeitseinkommens und die damit einhergehende Differenzierung der Arbeitseinkommens-Bezieher ein Anlaß mehr, die Verteilungsdiskussion noch weniger von ohnehin problematischen Verteilungsquoten und gesamtwirtschaftlichen Durchschnitts-Einkommen abhängig zu machen. In solchen Globalzahlen gehen die unterschiedlichsten und teils auch divergierenden Entwicklungen immer mehr unter. Deshalb wird in diesem Bericht zum ersten Mal als Ergänzung zu *Tabelle 4* mit der neuen *Tabelle 5* versucht, zumindest für einzelne Beschäftigtengruppen die Darstellung einer möglichst repräsentativen Einkommenslage zu verbessern und zugleich die – teils zunehmende – Differenzierung des Arbeitnehmer-Status aufzuzeigen.

3.1 Arbeits-Einkommen außerhalb und innerhalb des Normalarbeitsverhältnisses

Betont werden sollte zu *Tabelle 5* von Anfang an, daß selbst die Besetzungszahlen der einzelnen Beschäftigtengruppen und noch mehr deren Durchschnitts-Einkommen von der amtlichen Statistik nicht befriedigend nachgewiesen werden: *überhaupt nicht* (wie bei geringfügig Beschäftigten und deren Einkommen), *unzureichend* (wie bei den Einkommensbeziehern und ihren Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze, aber auch den Auszubildenden-Einkommen) oder erst *seit kurzem* (wie bei den durchschnittlichen Beamten-Einkommen)[17]). Und soweit diese Angaben durch die amtliche Statistik überhaupt erfolgen, sind sie häufig *nicht* sehr *aktuell*: selbst für die Einkommen der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten stammen die jüngsten Daten aus 1986; auch die Angaben zu den Beschäftigtenzahlen und ihren Strukturen sind nicht sehr zeitnah (bei den Beamten zuletzt für den 30. 6. 1989). Außerdem entstammen zahlreiche der in Tabelle 5 verwendeten Daten bisher *unveröffentlichtem* Material des Statistischen Bundesamtes, das dem WSI zur Verfügung gestellt wurde.

---

mittlerer und großer Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland in der ersten Hälfte der 80er Jahre, in: Konjunkturpolitik – Zeitschrift für angewandte Wirtschaftsforschung 2/1988, S. 68 ff. – Umfrage über Situation und Perspektiven von Inhaber-Unternehmen, durchgeführt von der Unternehmensberatung *Wieselhuber & Partner*, München, auszugsweise wiedergegeben als: Die mittelständischen Unternehmer befinden sich in keiner Existenzkrise, in: Handelsblatt, Nr. 193 vom 6. 10. 1988.

11) Vgl. *Lützel, H. und Mitarbeiter,* Revision . . ., a.a.O., S. 244.

12) Vgl. Tabelle 4 hier und im WSI-Verteilungsbericht des Vorjahres, in: WSI-Mitteilungen 9/1990, S. 563 ff.).

13) Vgl. *Schoer, K., Hahnefeld, U.*, Erwerbstätige 1970–1989. Revision der durchschnittlichen Erwerbstätigenzahlen, in: Wirtschaft und Statistik 4/1990, S. 245 ff.

14) Vgl. *Friedrich, W.*, Sozialversicherungsfreie Beschäftigung – Forschungsbericht Nr. 181 des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 1989.

15) Vgl. die Angaben des Verbands Deutscher Rentenversicherungsträger, wiedergegeben in: Handelsblatt; Sozialversicherung – Mißbrauch bei der geringfügigen Beschäftigung weit verbreitet – Auch Hundertjährige, Tote und Säuglinge tauchen in Geringverdienerstatistik auf, 23./24. 8. 1991.

16) Vgl. dazu z. B. *Paasch, U.*, Abhängige Selbständige, in: WSI-Mitteilungen 4/1991, S. 216 ff.; und zur Heterogenität von Selbständigen (einschließlich Unternehmern) und ihren Lebenslagen generell: *Bögenhold, D.*, Die Selbständigen – Zur Soziologie dezentraler Produktion, Frankfurt/New York 1985.

17) Vgl. zur bisher einmaligen Veröffentlichung der Beamten-Einkommen *Schoer, K.*, Bruttolöhne und -gehälter 1975 bis 1985 – Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: Wirtschaft und Statistik 11/1986, S. 861 ff.

Tabelle 5

Arbeitnehmergruppen und ihre durchschnittlichen Bruttoeinkommen innerhalb und außerhalb des Normalarbeitsverhältnisses
– alte Bundesländer –

Gruppe	Anzahl der Arbeitnehmer/innen in 1 000			Durchschnittliches Monatseinkommen aus abhängiger Arbeit pro Kopf in DM		
	1978	1986	1990	1978	1986	1990
1. Beamte (u. Soldaten)	2 261,5	2 367,7	2 365,5	2 958[2])	3 858[2])	4 373[2])
– Auszubildende	125,3[1])	112,1[1])	109,4[1])	–	–	–
männlich	–	60,9	57,0			
weiblich	–	51,2	52,4			
– Vollzeitbeschäftigte	1 567,3[1])	1 579,0[1])	1 550,6[1])	–	–	–
männlich	–	1 283,9	1 256,1			
weiblich	–	295,1	294,5			
– Teilzeitbeschäftigte	38,9[1])	147,6[1])	157,5[1])	–	–	–
männlich	–	13,1	15,6			
weiblich	–	134,5	159,9			
–„Streitkräfte" – Personal	530,0[3])	529,0[3])	530,0[3])	–	–	–
2. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte	20 088,4[4])	20 730,1[4])	22 368,1[4])	–	–	–
– Auszubildende	1 500,8	1 846,4	1 574,3	–	–	660[13])
männlich	855,4	1 002,3	824,8			
weiblich	645,4	844,1	749,5			
– Vollzeitbeschäftigte . . .	17 089,8[4])	16 933,2[4])	18 397,9[4])	–	–	–
. . . mit „unterem" und „mittlerem" Einkommen[5])	16 269,8[4])	15 870,2[4])	–	2 272[6])	3 278[6])	
männlich	10 729,3	10 352,7		2 506	3 615	–
– Arbeiter	7 636,5	7 119,8		2 341	3 292	
– Angestellte	3 092,8	3 232,9		2 849	4 145	
weiblich	4 540,5	5 517,5		1 818	2 648	
– Arbeiterinnen	2 285,4	1 913,5		1 528	2 198	
– Angestellte	3 255,1	3 595,0		1 985	2 857	
. . . mit „höherem" Einkommen[7])	820,0[4])	1 063,0[4])	–	–	8 750[8])	–
männlich	781,0	1 003,0			–	
– Arbeiter	13,0	122,0				
– Angestellte	768,0	881,0				
weiblich	39,0	60,0			–	
– Arbeiterinnen	1,0	10,0				
– Angestellte	38,0	50,0				
– Teilzeitbeschäftigte	1 497,8[4])	1 950,5[4])	2 395,8[4])	1 185[6])	1 662[6])	–
männlich	104,6	139,1	191,2	–	–	
– Arbeiter	52,1	63,8	96,2			
– Angestellte	52,5	75,3	95,0			
weiblich	1 393,2	1 811,4	2 204,6	–	–	
– Arbeiterinnen	649,4	703,0	782,7			
– Angestellte	743,8	1 108,4	1 421,9			
3. Nicht-Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte	1 500,0[9])	2 500,0[9])	3 000,0[9])	–	540[10])	–
männlich	–	–	–	–	–	–
weiblich	–	–	–	–	–	–
4. Alle						
– 1. bis 3. zusammen	23 850,0	25 598,0	27 734,0	–	–	–
– nach VGR[11])	22 872,0[11])	23 806,0[11])	25 477,0[11])	2 196[12])	3 055[12])	3 500[12])

1) Daten der Personalstandstatistik des öffentlichen Dienstes: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 6 (Personal des öffentlichen Dienstes) – darin Personal der Gebietskörperschaften, Sozialversicherung, Bundesbahn, Bundespost zum 30. 6. eines Jahres; ohne Soldaten und Zivildienstleistende. Unter „1990" sind hier die zuletzt für den 30. 6. 1989 verfügbaren Daten aufgeführt. – 2) Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes nach der VGR-Revision 1991 für die Beamteneinkommen bei Gebietskörperschaften, Sozialversicherung, Bundesbahn, Bundespost einschließlich Berufssoldaten, ohne Wehrpflichtige und Zivildienstleistende (unveröffentlichtes Material). – 3) Berufssoldaten und Wehrpflichtige (einschließlich ca. 50 000 Personen bei Bundesgrenzschutz und Bereitschaftspolizei); Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – 4) Daten der Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 (Bevölkerung und Erwerbstätigkeit), Reihe 4.2.1 (Struktur der Arbeitnehmer), teilweise unveröffentlichtes Material; darin sind auch die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes enthalten – Stichtag 30. 6. eines Jahres. – 5) Arbeitnehmer mit Einkommen, die die Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung nicht überschreiten (1978: 3 700 DM monatlich; 1986: 5 600 DM monatlich; 1990: 6 300 DM monatlich). – 6) Daten der Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigen Arbeitnehmer: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.2.2 (Entgelte und Beschäftigungsdauer der Arbeitnehmer), teilweise unveröffentlichtes Material. In den angegebenen Durchschnittseinkommen sind auch die Einkommen derjenigen im öffentlichen Dienst enthalten; nicht enthalten sind generell die Einkommen der Auszubildenden. Einkommen, die die Beitragsbemessungsgrenze von Renten- und Knappschaftsversicherung übersteigen, aber in Fachserie 1, Reihe 4.2.2 nur mit den Einkommensteilen bis zur Bemessungsgrenze erfaßt werden, sind vom WSI herausgerechnet worden; d. h. diese Grenzen übersteigende Einkommen aus unselbständiger Arbeit gehen in die Durchschnittberechnung nicht ein. – 7) Arbeitnehmer, deren Einkommen die Beitragsbemessungsgrenzen von Renten- und Knappschaftsversicherung übersteigen; Daten der Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer: Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.2.2 (unveröffentlichtes Material). – 8) Schätzung des WSI auf der Basis von unveröffentlichtem Material des Statistischen Bundesamtes aus Fachserie 1, Reihe 4.2.2. – 9) Schätzung des WSI auf der Basis von hochgerechneten Befragungsergebnissen in W. Friedrich (s. Fußnote 10) und Angaben des DGB, 4 Millionen arbeiten unterhalb von 470 DM, in: DGB-Informationen zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik 4/1990, Düsseldorf 1990. Die Differenz in der amtlichen Statistik zwischen allen abhängig Beschäftigten laut VGR einerseits (s. Zeile 4. dieser Tabelle) sowie Beamten (einschließlich Soldaten, Wehrpflichtigen, Zivildienstleistenden) sowie sozialversicherungspflichtig Beschäftigten andererseits bleibt trotz eingerechneter Ergebnisse der Volkszählung 1987 unter 1 Million Personen und unterschätzt damit nach allgemeiner Meinung die Anzahl der Nicht-Sozialversicherungspflichtigen. – 10) Schätzung des WSI auf der Basis zweier Befragungen von „geringfügig" Beschäftigten in: W. Friedrich, Sozialversicherungsfreie Beschäftigung, Forschungsbericht Nr. 181 des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Bonn 1989 (Befragungsergebnis für 1987/88: 520 DM monatlich) sowie Institut zur Erforschung sozialer Chancen, Arbeitszeit 1988 – Ein Report zu Arbeitszeit und Arbeitswünschen in der Bundesrepublik, in Auftrag gegeben und herausgegeben vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung des Landes NRW, Düsseldorf 1989 (Befragungsergebnis für 1987/88: 560 DM monatlich). – 11) Beschäftigte Arbeitnehmer in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes; darin sind Soldaten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende enthalten. – 12) Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes: Bruttolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer nach dem Inländerkonzept („durchschnittliches Arbeitseinkommen"); s. a. Tabelle 4 im vorliegenden Beitrag. – 13) Schätzung des WSI auf der Basis tarifvertraglicher Regelungen, zusammengestellt in: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW – Tarifregister (Hrsg.), Ausbildungsvergütungen für NRW, Düsseldorf 1990.

Quelle: Statistisches Bundesamt. – Schätzungen und Berechnungen des WSI.

Im wesentlichen aus diesen Gründen ist die Angabe der meisten Durchschnitts-Einkommen in *Tabelle 5* vorerst nur für 1978 und 1986 möglich. Und einige davon mußten zusätzlich geschätzt werden: Das durchschnittliche Einkommen von teils nur de jure abhängig Beschäftigten, deren Bezüge die Beitragsbemessungsgrenze übersteigen, wurde aufgrund sekundärer amtlicher Angaben selbst berechnet; das amtliche Durchschnitts-Einkommen aller anderen Sozialversicherungspflichtigen mußte zur besseren Vergleichbarkeit bereinigt werden (und zwar genau um jene Einkommensteile der erstgenannten Gruppe *unterhalb* der Beitragsbemessungsgrenze); und schließlich wurde das Durchschnitts-Einkommen geringfügig Beschäftigter aus zwei auf Umfragen basierenden nichtamtlichen Schätzungen entnommen und dabei grob gemittelt. Geschätzt wurde ebenfalls die Anzahl der geringfügig Beschäftigten, die hier zwischen den (sehr niedrigen) Angaben der amtlichen Beschäftigtenstatistik und jüngst genannten sehr hohen „Fallzahlen" für geringfügige Beschäftigung veranschlagt wird[18]).

Trotzdem können auch diese Einkommenszahlen einen relativ hohen Grad an Plausibilität beanspruchen. Bei ihrer Interpretation ist jedoch immer die mehr oder weniger große Heterogenität der dahinterstehenden Beschäftigtengruppen mitzuberücksichtigen, die bei den geringfügig Beschäftigten und noch mehr bei den „Angestellten" mit Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze besonders ins Gewicht fällt. Da es sich bei den Einkommensangaben um Brutto-Einkommen vor Abzug von Lohnsteuern und Sozialabgaben handelt, muß beim Gruppenvergleich auch die unterschiedliche Sozialversicherungs-Pflichtigkeit mitbedacht werden.

Alles in allem gibt *Tabelle 5* einen groben Überblick über die (Einkommens-)Landschaft der „Arbeitsgesellschaft" und ihre Entwicklung seit 1978 wieder. Darin verdeutlichen die Durchschnitts-Einkommen der aufgeführten Beschäftigten-Gruppen, wie sehr ihre Einkommenslagen vom gesamtwirtschaftlichen Arbeitseinkommens-Durchschnitt laut VGR entfernt sind, der in Zeile „4." von *Tabelle 5* noch einmal für die drei ausgewählten Jahre 1978, 1986 und 1990 aus *Tabelle 4* übernommen worden ist. Das gilt – erwartungsgemäß – nicht nur für die Einkommen der Teilzeitbeschäftigten unterhalb, innerhalb und außerhalb der Sozialversicherungspflicht (also für geringfügig Beschäftigte, „normale" Teilzeitbeschäftigte und Beamte in Teilzeitverhältnissen), die im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt völlig untergehen und so auch in ihrer zunehmenden Bedeutung aufgrund steigender Zahl solcher Teilzeit-Arbeitsverhältnisse nicht wahrgenommen werden. Es trifft selbst für die zahlenmäßig stärkste und meist mit dem Normalarbeitsverhältnis identifizierte Gruppe der Vollzeit-Beschäftigten mit Sozialversicherungspflicht zu, in der *keine* Untergruppe mit ihrem Einkommen dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt einigermaßen entspricht. (Im übrigen wird für das Einkommen der Vollzeit-Beschäftigten die Entwicklung zwischen 1978 und 1986 leicht *über*zeichnet, weil 1978 Teile von tatsächlich gezahlten Einkommens-Sonderzahlungen [noch] nicht unter die Sozialversicherungspflicht fielen und deshalb statistisch nicht erfaßt wurden, während sie seit 1984 aufgrund einer Umstellung der Beitragsbemessungsgrenze von Monats- auf Jahresbasis sozialversicherungspflichtig sind und demzufolge auch in die Statistik eingehen).

Es wird durch *Tabelle 5* zugleich noch deutlicher, daß die durch die VGR-Revision bedingte Erhöhung des Niveaus beim durchschnittlichen Arbeitseinkommen pro Kopf auf „Einkommenserhöhungen" (verbesserte Einkommenserfassung) in *Rand*bereichen des Gesamtaggregats Arbeits-Einkommen zurückgeht, während es in den *Kern*bereichen *keine* Veränderung gegeben hat. Diese Veränderung würde es also auch

[18]) Vgl. *Verband Deutscher Rentenversicherungsträger* in Handelsblatt, a.a.O. Die beiden letztgenannten Schätzungen des WSI orientieren sich z. B. an den Angaben in den Veröffentlichungen von: *Friedrich, W.*, Sozialversicherungsfreie Beschäftigung. . ., a.a.O. – *DGB-Bundesvorstand,* 4 Millionen arbeiten unterhalb von 470 DM, in: DGB-Informationen zur Arbeits- und Sozialpolitik 4/1990, Düsseldorf 1990. – *DGB-Landesbezirk Niedersachsen,* Materialien zu geringfügiger Beschäftigung, Hannover 1990.

Tabelle 6

Entwicklung der durchschnittlichen Effektiveinkommen in der Industrie (ohne Sonderzahlungen)
Vollzeitbeschäftigte Arbeiter
(ohne Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe)
– alte Bundesländer –

Industriezweig	Monatlich in DM				Veränd. gegenüber Vorjahr in vH			
	Brutto		Netto		Brutto		Netto Real[1])	
	1989	1990	1989	1990	1989	1990	1989	1990
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	3 876	4 015	2 622	2 791	+ 3,1	+ 3,6	– 0,7	+ 3,6
Bergbau	3 554	3 772	2 404	2 621	+ 2,1	+ 6,1	– 1,6	+ 6,2
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	3 541	3 693	2 395	2 567	+ 4,2	+ 4,3	+ 0,4	+ 4,4
Eisenschaffende Industrie	3 576	3 633	2 419	2 525	+ 2,4	+ 1,6	– 1,4	+ 1,6
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	3 589	3 711	2 428	2 579	+ 6,2	+ 3,4	+ 2,3	+ 3,4
Ziehereien und Kaltwalzwerke	3 498	3 559	2 366	2 474	+ 3,2	+ 1,7	– 0,6	+ 1,8
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke, NE-Metallgießerei	3 546	3 698	2 398	2 570	+ 3,7	+ 4,3	– 0,1	+ 4,3
Mineralölverarbeitung	4 406	4 680	2 980	3 253	+ 2,1	+ 6,2	– 1,6	+ 6,3
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	3 741	3 950	2 531	2 745	+ 2,0	+ 5,6	– 1,7	+ 5,6
Herstellung von Chemiefasern	3 598	3 785	2 434	2 631	+ 2,2	+ 5,2	– 1,5	+ 5,3
Holzbearbeitung	3 146	3 276	2 128	2 277	+ 3,3	+ 4,1	– 0,5	+ 4,2
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	3 819	3 915	2 583	2 721	+ 0,3	+ 2,5	– 3,4	+ 2,6
Gummiverarbeitung, Verarbeitung von Asbest	3 498	3 589	2 366	2 495	+ 2,8	+ 2,6	– 1,0	+ 2,7
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	3 720	3 876	2 516	2 694	+ 4,8	+ 4,2	+ 0,9	+ 4,3
Maschinenbau, Lokomotivbau	3 615	3 746	2 445	2 603	+ 4,9	+ 3,6	+ 1,1	+ 3,7
Straßenfahrzeugbau; Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	3 811	3 989	2 578	2 773	+ 4,3	+ 4,7	+ 0,4	+ 4,7
Schiffbau	3 819	3 872	2 583	2 691	+ 4,9	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,4
Luft- und Raumfahrzeugbau	3 746	3 919	2 533	2 724	+ 4,9	+ 4,6	+ 1,0	+ 4,7
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	3 350	3 502	2 266	2 434	+ 3,6	+ 4,5	– 0,2	+ 4,6
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	3 242	3 402	2 193	2 365	+ 4,3	+ 5,0	+ 0,5	+ 5,0
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	3 298	3 433	2 231	2 386	+ 4,0	+ 4,1	+ 0,1	+ 4,1
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	3 298	3 441	2 231	2 392	+ 0,8	+ 4,3	– 2,9	+ 4,4
Feinkeramik	3 020	3 102	2 043	2 156	+ 4,2	+ 2,7	+ 0,4	+ 2,8
Herstellung und Verarbeitung von Glas	3 481	3 589	2 354	2 495	+ 2,0	+ 3,1	– 1,7	+ 3,2
Holzverarbeitung; Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u. ä.	3 263	3 385	2 207	2 353	+ 3,7	+ 3,7	– 0,1	+ 3,8
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u. ä.	3 055	3 137	2 066	2 181	+ 4,3	+ 2,7	+ 0,5	+ 2,8
Papier- und Pappeverarbeitung	3 272	3 437	2 213	2 389	+ 3,4	+ 5,0	– 0,4	+ 5,1
Druckerei, Vervielfältigung	3 846	4 115	2 601	2 860	+ 3,0	+ 7,0	– 0,8	+ 7,1
Herstellung von Kunststoffwaren	3 233	3 363	2 187	2 338	+ 3,0	+ 4,0	– 0,8	+ 4,1
Ledererzeugung	3 042	3 163	2 057	2 199	+ 3,4	+ 4,0	– 0,4	+ 4,1
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	2 724	2 829	1 843	1 966	+ 2,6	+ 3,8	– 1,2	+ 3,9
Herstellung von Schuhen; Reparatur von Schuhen, Gebrauchsgütern aus Leder u. ä., Schirmen	2 759	2 864	1 866	1 990	+ 3,3	+ 3,8	– 0,6	+ 3,8
Textilgewerbe	3 081	3 163	2 084	2 199	+ 3,8	+ 2,7	– 0,0	+ 2,7
Bekleidungsgewerbe	2 911	2 963	1 969	2 060	+ 2,4	+ 1,8	– 1,3	+ 1,8
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	3 446	3 611	2 331	2 510	+ 2,7	+ 4,8	– 1,1	+ 4,9
Hoch- und Tiefbau einschl. Handwerk (ohne Fertigteilbau im Hochbau)	3 355	3 554	2 269	2 470	+ 3,5	+ 6,0	– 0,3	+ 6,0
Industrie (insgesamt) [2])	3 524	3 685	2 384	2 561	+ 3,6	+ 4,6	– 0,2	+ 4,6

1) Nach Abzug der Steuern, Sozialversicherungen und des allgemeinen Preisanstiegs (Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushalts von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen. – 2) Einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.
Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Fachserie 16 (Verdienststatistik). – Berechnungen des WSI.

dann nicht geben, wenn durch Berücksichtigung von mehr geringfügig Beschäftigten in der Beschäftigungsstatistik bzw. in der VGR durch eine dann automatisch sinkende bereinigte Lohnquote scheinbar eine Verschlechterung der Verteilungsposition „*der*" Arbeitnehmer angezeigt würde.

Schließlich ist noch zu betonen, daß die vom Einkommens-Durchschnitt suggerierte Einkommenslage als „repräsentativ" für viele oder gar die meisten Gruppenmitglieder sehr stark zu relativieren ist. Wegen der Streuung der hinter dem Durchschnitt stehenden Einkommen unterhalb und vor allem oberhalb dieses Durchschnitts muß man davon ausgehen, daß schätzungsweise rund 60 vH der Einkommensbezieher (oder sogar mehr – wie vermutlich bei den Beziehern „höherer" Einkommen) mit ihren Einkommen den jeweiligen Gruppendurchschnitt *nicht* erreichen bzw. darunter bleiben.

3.2 Arbeits-Einkommen von Vollzeit-Beschäftigten in industriellen Wirtschaftsbereichen

Wegen der sehr verschiedenen Zusammensetzung der Beschäftigten-Gruppen und der mangelnden Repräsentativität ihrer jeweiligen Durchschnitts-Einkommen ist deshalb eine weitere statistische Differenzierung der Gruppen und zusätzlich eine Darstellung der Einkommen in Einkommens-Schichten oder Einkommens-Größenklassen wünschenswert. Doch beide Aspekte sind heute mit dem vorhandenen statistischen Material noch weniger realisierbar als die Tilgung der „weißen Flecken" und der Schätzungen in *Tabelle 5* durch vollständige und zeitnahe Angaben der amtlichen Statistik, die auf dem Gebiet der Verteilungsdaten wirklich keine guten Noten verdient. Vor allem eine differenzierte Einkommensdarstellung ist heute befriedigend *nur* bei den *vollzeit*beschäftigten Sozialversicherungspflichtigen möglich. Weil aber die Schichtung von deren Einkommen generell nur mit großer Zeitverzögerung verfügbar ist (zuletzt für 1986), wird im WSI-Verteilungsbericht traditionell die Berichterstattung aktueller Daten aus der *Verdienststatistik* des *Statistischen Bundesamtes* vorgezogen, die sich ebenfalls auf Vollzeit-Beschäftigte und ihre Einkommen bezieht.

Zwar ist man auch hier auf Einkommens-Durchschnitte beschränkt, aber diese sind wenigstens für einigermaßen tiefgegliederte Wirtschaftszweige innerhalb der Industrie und bei den Angestellten auch für wenige Dienstleistungsbereiche (Handel, Versicherungen und Kreditgewerbe) darstellbar. In diesen Produktions- und Dienstleistungsbereichen sind immerhin knapp 50 vH aller Vollzeit-Arbeitsverhältnisse der abhängig Beschäftigten (ohne Beamte) vertreten. Zugleich sind dies die Bereiche, in denen die gewerkschaftliche Tarifpolitik traditionell am stärksten verankert ist bzw. die Einkommen und ihre Entwicklung am deutlichsten prägt[19]). Die wichtigsten Ergebnisse der *Verdienststatistik* sind in den folgenden Tabellen *6 bis 11* für Arbeiter und Arbeiterinnen sowie männliche und weibliche Angestellte wiedergegeben[20]).

Tabelle 7

Entwicklung der durchschnittlichen Effektiveinkommen in der Industrie (ohne Sonderzahlungen)
Vollzeitbeschäftigte Arbeiterinnen
(ohne Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe)
– alte Bundesländer –

Industriezweig	Monatlich in DM				Veränd. gegenüber Vorjahr in vH			
	Brutto		Netto		Brutto		Netto Real[1])	
	1989	1990	1989	1990	1989	1990	1989	1990
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	2 877	2 950	1 946	2 051	+ 2,6	+ 2,6	– 1,1	+ 2,6
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	2 651	2 738	1 793	1 903	+ 3,6	+ 3,3	– 0,3	+ 3,3
Eisenschaffende Industrie	2 581	2 659	1 746	1 848	+ 2,8	+ 3,0	– 1,0	+ 3,1
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	2 842	2 942	1 922	2 045	+ 5,5	+ 3,5	+ 1,6	+ 3,6
Ziehereien und Kaltwalzwerke	2 638	2 742	1 784	1 906	+ 3,1	+ 4,0	– 0,7	+ 4,0
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke, NE-Metallgießerei	2 542	2 659	1 719	1 848	+ 3,2	+ 4,6	– 0,6	+ 4,7
Mineralölverarbeitung	3 081	3 202	2 084	2 226	+ 0,9	+ 3,9	– 2,9	+ 4,0
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	2 707	2 816	1 831	1 957	+ 1,8	+ 4,0	– 2,0	+ 4,1
Herstellung von Chemiefasern	2 781	2 894	1 881	2 011	+ 2,6	+ 4,1	– 1,2	+ 4,1
Holzbearbeitung	2 446	2 546	1 655	1 770	+ 5,0	+ 4,1	+ 1,2	+ 4,1
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	2 520	2 607	1 705	1 812	+ 2,8	+ 3,4	– 1,0	+ 3,5
Gummiverarbeitung, Verarbeitung von Asbest	2 672	2 777	1 808	1 930	+ 2,8	+ 3,9	– 0,9	+ 4,0
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	2 585	2 707	1 749	1 882	+ 3,1	+ 4,7	– 0,7	+ 4,8
Maschinenbau, Lokomotivbau	2 607	2 716	1 763	1 888	+ 3,4	+ 4,2	– 0,4	+ 4,2
Straßenfahrzeugbau; Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	3 020	3 129	2 043	2 175	+ 3,6	+ 3,6	– 0,2	+ 3,7
Schiffbau	2 894	2 972	1 957	2 066	+ 2,9	+ 2,7	– 0,9	+ 2,8
Luft- und Raumfahrzeugbau	2 833	3 016	1 916	2 096	+ 4,8	+ 6,4	+ 1,0	+ 6,5
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	2 503	2 629	1 693	1 827	+ 2,7	+ 5,0	– 1,1	+ 5,1
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	2 525	2 642	1 708	1 836	+ 3,4	+ 4,6	– 0,4	+ 4,7
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	2 433	2 551	1 646	1 773	+ 3,7	+ 4,8	– 0,1	+ 4,9
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	2 664	2 816	1 802	1 957	+ 0,2	+ 5,7	– 3,5	+ 5,8
Feinkeramik	2 338	2 412	1 581	1 676	+ 4,5	+ 3,2	+ 0,6	+ 3,2
Herstellung und Verarbeitung von Glas	2 342	2 407	1 584	1 673	+ 2,7	+ 2,8	– 1,1	+ 2,8
Holzverarbeitung; Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u. ä.	2 485	2 568	1 681	1 785	+ 4,4	+ 3,3	+ 0,5	+ 3,4
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u. ä.	2 325	2 425	1 572	1 685	+ 4,9	+ 4,3	+ 1,0	+ 4,4
Papier- und Pappeverarbeitung	2 255	2 364	1 525	1 643	+ 3,8	+ 4,8	– 0,0	+ 4,9
Druckerei, Vervielfältigung	2 764	2 916	1 869	2 027	+ 3,4	+ 5,5	– 0,4	+ 5,6
Herstellung von Kunststoffwaren	2 307	2 412	1 561	1 676	+ 3,1	+ 4,5	– 0,7	+ 4,6
Ledererzeugung	2 299	2 420	1 555	1 682	+ 5,2	+ 5,3	– 1,3	+ 5,4
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	2 016	2 116	1 364	1 471	+ 3,8	+ 5,0	– 0,0	+ 5,0
Herstellung von Schuhen; Reparatur von Schuhen, Gebrauchsgütern aus Leder u. ä., Schirmen	2 190	2 260	1 481	1 570	+ 3,7	+ 3,2	– 0,1	+ 3,2
Textilgewerbe	2 351	2 420	1 590	1 682	+ 4,0	+ 3,0	+ 0,2	+ 3,0
Bekleidungsgewerbe	2 190	2 260	1 481	1 570	+ 3,1	+ 3,2	– 0,7	+ 3,2
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	2 255	2 368	1 525	1 646	+ 3,4	+ 5,0	– 0,4	+ 5,1
Industrie (insgesamt) [2])	2 481	2 581	1 678	1 794	+ 3,6	+ 4,0	– 0,2	+ 4,1

1) Nach Abzug der Steuern, Sozialversicherungen und des allgemeinen Preisanstiegs (Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushalts von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen. – 2) Einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.
Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Fachserie 16 (Verdienststatistik). – Berechnungen des WSI.

[19]) Zur Entwicklung der tariflichen Einkommen in 1990 als Basis der hier allein interessierenden effektiven Einkommen vgl. ausführlich *Bispinck, R., WSI-Tarifarchiv*, Tarifbewegungen im Jahr 1990, 35-Stunden-Woche und kräftige Lohnsteigerungen – Tarifbewegungen in der alten Bundesrepublik im Jahre 1990, in: WSI-Mitteilungen 3/1991, S. 145 ff.

[20]) Erfaßt werden darin übrigens (im Gegensatz zur Statistik der sozialversicherungspflichtigen Entgelte) auch solche Einkommensteile, die die Beitragsbemessungsgrenze übersteigen – aber auch nur dann, wenn die Einkommensbezieher *nicht* zu den Angestellten „mit voller Aufsichts- und Dispositionsbefugnis" gehören.

Tabelle 8

Entwicklung der durchschnittlichen Effektiveinkommen in der Industrie (ohne Sonderzahlungen)
Vollzeitbeschäftigte angestellte Männer
(einschl. Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe)
– alte Bundesländer –

Industriezweig	Monatlich in DM				Veränd. gegenüber Vorjahr in vH			
	Brutto		Netto		Brutto		Netto Real[1])	
	1989	1990	1989	1990	1989	1990	1989	1990
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	4 934	5 093	3 337	3 540	+ 2,7	+ 3,2	– 1,1	+ 3,3
Bergbau	5 578	5 860	3 773	4 073	+ 3,4	+ 5,1	– 0,4	+ 5,1
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	4 899	5 092	3 314	3 539	+ 3,8	+ 4,9	– 0,0	+ 4,0
Eisenschaffende Industrie	5 118	5 264	3 462	3 659	+ 3,9	+ 2,9	+ 0,0	+ 2,9
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	5 056	5 252	3 420	3 650	+ 4,5	+ 3,9	+ 0,6	+ 3,9
Ziehereien und Kaltwalzwerke	5 008	5 210	3 387	3 621	+ 3,4	+ 4,0	– 0,4	+ 4,1
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke, NE-Metallgießerei	5 179	5 422	3 503	3 769	+ 3,7	+ 4,7	– 0,1	+ 4,8
Mineralölverarbeitung	6 592	6 763	4 459	4 701	+ 2,9	+ 2,6	– 0,9	+ 2,7
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	5 472	5 705	3 701	3 965	+ 3,8	+ 4,3	+ 0,0	+ 4,3
Herstellung von Chemiefasern	5 284	5 463	3 574	3 797	+ 1,3	+ 3,4	– 2,4	+ 3,4
Holzbearbeitung	4 584	4 808	3 101	3 342	+ 4,3	+ 4,9	+ 0,5	+ 4,9
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	5 632	5 738	3 809	3 988	+ 3,6	+ 1,9	– 0,2	+ 1,9
Gummiverarbeitung, Verarbeitung von Asbest	5 086	5 299	3 440	3 683	+ 3,6	+ 4,2	– 0,3	+ 4,2
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	5 345	5 571	3 615	3 872	+ 3,8	+ 4,2	+ 0,0	+ 4,3
Maschinenbau, Lokomotivbau	5 240	5 468	3 544	3 801	+ 4,1	+ 4,4	+ 0,2	+ 4,4
Straßenfahrzeugbau; Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	5 756	5 993	3 893	4 165	+ 3,0	+ 4,1	– 0,8	+ 4,2
Schiffbau	5 049	5 215	3 415	3 625	+ 4,6	+ 3,3	+ 0,7	+ 3,3
Luft- und Raumfahrzeugbau	5 659	5 893	3 828	4 096	+ 4,1	+ 4,1	+ 0,2	+ 4,2
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	5 415	5 653	3 663	3 929	+ 3,7	+ 4,4	– 0,1	+ 4,5
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	4 909	5 168	3 320	3 592	+ 3,5	+ 5,3	– 0,3	+ 5,3
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	4 876	5 093	3 298	3 540	+ 3,2	+ 4,5	– 0,6	+ 4,5
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	6 004	6 244	4 061	4 430	+ 3,3	+ 4,0	– 0,5	+ 4,1
Feinkeramik	4 268	4 450	2 887	3 093	+ 4,1	+ 4,3	+ 0,2	+ 4,3
Herstellung und Verarbeitung von Glas	4 818	5 022	3 259	3 491	+ 4,2	+ 4,2	+ 0,3	+ 4,3
Holzverarbeitung; Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u. ä.	4 542	4 718	3 072	3 279	+ 3,2	+ 3,9	– 0,6	+ 3,9
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u. ä.	4 559	4 716	3 084	3 278	+ 2,5	+ 3,4	– 1,3	+ 3,5
Papier- und Pappeverarbeitung	4 814	5 022	3 256	3 491	+ 3,3	+ 4,3	– 0,5	+ 4,4
Druckerei, Vervielfältigung	5 068	5 353	3 428	3 721	+ 3,3	+ 5,6	– 0,5	+ 5,7
Herstellung von Kunststoffwaren	4 892	5 089	3 309	3 537	+ 3,5	+ 4,0	– 0,3	+ 4,1
Ledererzeugung	4 663	4 790	3 154	3 329	+ 4,5	+ 2,7	+ 0,6	+ 2,8
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	4 174	4 333	2 823	3 012	+ 4,6	+ 3,8	+ 0,8	+ 3,9
Herstellung von Schuhen; Reparatur von Schuhen, Gebrauchsgütern aus Leder u. ä., Schirmen	4 319	4 432	2 921	3 080	+ 5,3	+ 2,6	+ 1,2	+ 2,7
Textilgewerbe	4 488	4 636	3 036	3 222	+ 3,2	+ 3,3	– 0,6	+ 3,4
Bekleidungsgewerbe	4 392	4 533	2 971	3 151	+ 2,9	+ 3,2	– 0,9	+ 3,3
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	4 734	4 956	3 202	3 445	+ 3,5	+ 4,7	– 0,3	+ 4,7
Hoch- und Tiefbau einschl. Handwerk (ohne Fertigteilbau im Hochbau)	5 159	5 451	3 489	3 789	+ 3,9	+ 5,7	+ 0,1	+ 5,7
Großhandel	4 162	4 355	2 815	3 027	+ 3,8	+ 4,6	– 0,0	+ 4,7
Einzelhandel	3 616	3 786	2 446	2 631	+ 4,2	+ 4,7	+ 0,4	+ 4,8
Kreditinstitute	4 333	4 535	2 931	3 152	+ 2,5	+ 4,7	– 1,2	+ 4,7
Versicherungsgewerbe	4 665	4 807	3 155	3 341	+ 3,7	+ 3,0	– 0,1	+ 3,1
Industrie (insgesamt) [2])	4 824	5 037	3 263	3 501	+ 3,7	+ 4,4	– 0,2	+ 4,5

1) Nach Abzug der Steuern, Sozialversicherungen und des allgemeinen Preisanstiegs (Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushalts von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen. – 2) Einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk sowie Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Fachserie 16 (Verdienststatistik). – Berechnungen des WSI.

Insgesamt nahmen die laufenden Effektiv-Einkommen aller Vollzeit-Beschäftigten in der *Industrie* (einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk; ohne Handel, Kreditinstitute, Versicherungen) in 1990 gegenüber dem Vorjahr um 4,5 vH brutto zu. Hinter diesem Gesamtzuwachs, der über den schon im Vergangenheitsvergleich guten gesamtwirtschaftlichen Tarifanstieg von 3,9 vH hinausgeht und damit die sehr gute Produktionslage insbesondere im industriellen Bereich widerspiegelt, verbergen sich wie immer sehr unterschiedliche statusbezogene, geschlechtsbezogene und branchenbedingte Einkommensentwicklungen (einbezogen werden dabei auch die Angestellten-Einkommen in den Dienstleistungsbereichen Handel, Kreditinstitute, Versicherungen):

In den angezeigten Branchen reicht die *Spannweite* der Zuwächse in 1990 bei den laufenden Brutto-Einkommen (ohne Sonderzahlungen) insgesamt von lediglich + 1,4 vH im Bereich „Schiffbau" bis zu + 7,0 vH im Bereich „Druckerei, Vervielfältigung", in beiden Fällen bei den Arbeitern (Männern). Bei den Arbeiterinnen sind die geringsten Zuwächse zu finden im Bereich „Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung" mit + 2,6 vH und die größten im Bereich „Luft- und Raumfahrzeugbau" mit + 6,4 vH. Die angestellten Männer erfuhren den niedrigsten Zuwachs mit 1,9 vH in der „Zellstoff- und Papiererzeugung" und den höchsten mit 5,7 vH im „Hoch- und Tiefbau einschließlich Handwerk". Für die weiblichen Angestellten ist mit + 2,5 vH der niedrigste Zuwachs in der „Mineralölverarbeitung" zu verzeichnen und mit + 6,4 vH der höchste in der „Holzverarbeitung". Jeweils parallel dazu entwickelten sich die realen Netto-Einkommen, weil Steuern, Sozialabgaben und Preissteigerungen über die Branchen hinweg gleichermaßen wirken.

Der in dieser differenzierten Einkommensentwicklung enthaltene langfristige Trend immer größerer Einkommensunterschiede *zwischen* den *Branchen* setzt sich im Prinzip fort, wie der *Variationskoeffizient* belegt, der die relative Abweichung der einzelnen Brancheneinkommen vom Mittelwert aller Brancheneinkommen mißt (vgl. *Tabelle 10*). Der kleine Rückgang der Branchenunterschiede bei den Angestellten von 1989 auf 1990 (nach einem ebenfalls kleinen Rückgang von 1988 auf 1989) dürfte an diesem langfristigen Trend wenig ändern, weil er durch die unterschiedliche Gewinnsituation der Branchen und die darauf bezo-

Tabelle 9

Entwicklung der durchschnittlichen Effektiveinkommen in der Industrie (ohne Sonderzahlungen)
Vollzeitbeschäftigte angestellte Frauen
(einschl. Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe)
– alte Bundesländer –

Industriezweig	Monatlich in DM				Veränd. gegenüber Vorjahr in vH			
	Brutto		Netto		Brutto		Netto Real[1])	
	1989	1990	1989	1990	1989	1990	1989	1990
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	3 513	3 637	2 376	2 528	+ 3,0	+ 3,5	– 0,8	+ 3,6
Bergbau	3 786	3 969	2 561	2 759	+ 4,8	+ 4,8	+ 1,0	+ 4,9
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	3 288	3 419	2 224	2 376	+ 3,1	+ 4,0	– 0,7	+ 4,0
Eisenschaffende Industrie	3 356	3 454	2 270	2 401	+ 2,6	+ 2,9	– 1,2	+ 3,0
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	3 261	3 399	2 206	2 362	+ 3,9	+ 4,2	+ 0,0	+ 4,3
Ziehereien und Kaltwalzwerke	3 326	3 456	2 250	2 402	+ 4,8	+ 3,9	+ 0,9	+ 4,0
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke, NE-Metallgießerei	3 465	3 639	2 344	2 529	+ 3,3	+ 5,0	– 0,5	+ 5,1
Mineralölverarbeitung	4 568	4 684	3 090	3 256	+ 2,8	+ 2,5	– 1,0	+ 2,6
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	3 942	4 141	2 666	2 878	+ 3,7	+ 5,0	– 0,1	+ 5,1
Herstellung von Chemiefasern	3 722	3 879	2 518	2 696	+ 1,6	+ 4,2	– 2,2	+ 4,3
Holzbearbeitung	2 838	3 021	1 920	2 100	+ 4,3	+ 6,4	+ 0,5	+ 6,5
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	3 558	3 697	2 407	2 570	+ 3,4	+ 3,9	– 0,4	+ 4,0
Gummiverarbeitung, Verarbeitung von Asbest	3 514	3 673	2 377	2 553	+ 3,3	+ 4,5	– 0,5	+ 4,6
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	3 376	3 547	2 283	2 465	+ 3,5	+ 5,1	– 0,3	+ 5,1
Maschinenbau, Lokomotivbau	3 348	3 510	2 265	2 440	+ 3,3	+ 4,8	– 0,5	+ 4,9
Straßenfahrzeugbau; Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	3 855	4 029	2 607	2 800	+ 2,9	+ 4,5	– 0,9	+ 4,6
Schiffbau	3 128	3 294	2 116	2 289	+ 4,8	+ 5,3	+ 1,0	+ 5,4
Luft- und Raumfahrzeugbau	3 803	4 018	2 572	2 793	+ 4,4	+ 5,7	+ 0,5	+ 5,7
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	3 612	3 790	2 443	2 634	+ 3,6	+ 4,9	– 0,3	+ 5,0
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	3 363	3 554	2 275	2 470	+ 3,9	+ 5,7	+ 0,1	+ 5,7
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	3 187	3 336	2 156	2 319	+ 3,2	+ 4,7	– 0,6	+ 4,7
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	4 118	4 330	2 785	3 010	+ 3,0	+ 5,1	– 0,8	+ 5,2
Feinkeramik	3 060	3 211	2 070	2 232	+ 4,9	+ 4,9	+ 1,1	+ 5,0
Herstellung und Verarbeitung von Glas	3 175	3 316	2 148	2 305	+ 4,0	+ 4,4	+ 0,1	+ 4,5
Holzverarbeitung; Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u. ä.	2 891	3 031	1 955	2 107	+ 3,9	+ 4,8	+ 0,1	+ 4,9
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u. ä.	3 029	3 199	2 049	2 223	+ 2,4	+ 5,6	– 1,3	+ 5,7
Papier- und Pappeverarbeitung	3 141	3 259	2 125	2 265	+ 4,0	+ 3,8	+ 0,2	+ 3,8
Druckerei, Vervielfältigung	3 367	3 572	2 277	2 483	+ 3,3	+ 6,1	– 0,6	+ 6,1
Herstellung von Kunststoffwaren	3 178	3 309	2 150	2 300	+ 3,3	+ 4,1	– 0,5	+ 4,2
Ledererzeugung	2 941	3 043	1 989	2 115	+ 2,8	+ 3,5	– 1,0	+ 3,5
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	2 728	2 874	1 845	1 998	+ 3,6	+ 5,4	– 0,2	+ 5,4
Herstellung von Schuhen; Reparatur von Schuhen, Gebrauchsgütern aus Leder u. ä., Schirmen	2 813	2 935	1 903	2 040	+ 5,0	+ 4,3	+ 1,2	+ 4,4
Textilgewerbe	3 116	3 232	2 108	2 246	+ 3,1	+ 3,7	– 0,7	+ 3,8
Bekleidungsgewerbe	3 123	3 244	2 112	2 255	+ 3,6	+ 3,9	– 0,2	+ 3,9
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	3 297	3 459	2 230	2 404	+ 3,8	+ 4,9	+ 0,0	+ 5,0
Hoch- und Tiefbau einschl. Handwerk (ohne Fertigteilbau im Hochbau)	3 188	3 361	2 156	2 336	+ 4,3	+ 5,4	+ 0,5	+ 5,5
Großhandel	2 874	3 021	1 944	2 100	+ 4,3	+ 5,1	+ 0,5	+ 5,2
Einzelhandel	2 460	2 599	1 664	1 806	+ 4,9	+ 5,7	+ 1,1	+ 5,7
Kreditinstitute	3 327	3 487	2 250	2 424	+ 2,0	+ 4,8	– 1,8	+ 4,9
Versicherungsgewerbe	3 641	3 742	2 463	2 601	+ 4,2	+ 2,8	+ 0,4	+ 2,8
Industrie (insgesamt) [2])	3 108	3 265	2 102	2 269	+ 4,0	+ 5,1	+ 0,1	+ 5,1

1) Nach Abzug der Steuern, Sozialversicherungen und des allgemeinen Preisanstiegs (Preisindex für die Lebenshaltung eines 4-Personen-Haushalts von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen. – 2) Einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk sowie Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Fachserie 16 (Verdienststatistik). – Berechnungen des WSI.

Tabelle 10

Entwicklung der Einkommensunterschiede zwischen den Branchen
(Effektiveinkommen ohne Sonderzahlungen)
– alte Bundesländer –

Beschäftigtengruppe		Variationskoeffizient						
		1968	1972	1976	1981	1984	1989	1990
Angestellte[1])	m	7,54	8,14	9,66	10,16	11,06	11,90	11,75
	w	8,54	9,73	10,74	10,84	12,06	12,85	12,67
Arbeiter[2])	m	8,44	9,50	10,09	9,92	10,42	11,62	12,17
	w	7,87	9,47	10,14	9,92	10,68	12,59	12,56

1) Auf Basis der effektiven Monatslöhne. – 2) Auf Basis der effektiven Stundenlöhne.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Fachserie 16 (Verdienststatistik). – Berechnungen des WSI.

Tabelle 11

Sonderzahlungen in vH der Effektivverdienste von Vollzeitbeschäftigten in Industrie, Handel, Kreditinstituten, Versicherungsgewerbe
Männer und Frauen
– alte Bundesländer –

Wirtschaftszweig	Arbeiter					Angestellte				
	1976	1980	1984	1988	1989	1976	1980	1984	1988	1989
Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung	12,3	13,9	14,4	14,9	14,0	13,9	14,5	14,7	14,0	14,2
Bergbau	5,1	6,9	8,4	7,0	7,7	7,6	8,3	7,8	8,4	8,6
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (ohne Verarbeitung von Asbest)	6,0	6,3	6,2	5,8	6,5	11,4	11,1	11,7	11,2	11,8
Eisenschaffende Industrie	12,2	10,0	8,2	7,7	9,9	10,0	11,7	9,8	10,3	9,3
Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	10,4	12,7	11,7	10,5	11,2	13,4	11,7	9,8	11,1	11,1
Ziehereien und Kaltwalzwerke	8,9	10,8	9,8	7,7	9,0	12,8	12,1	11,4	9,1	9,4
NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke, NE-Metallgießerei	8,7	11,1	11,0	9,8	10,2	12,7	12,7	13,1	3,3	13,1
Mineralölverarbeitung	13,5	15,5	14,0	16,5	19,6	12,9	11,7	13,4	12,2	12,7
Chemische Industrie (ohne Herstellung von Chemiefasern)	12,4	15,0	13,5	13,8	16,8	15,4	14,5	14,2	16,2	16,9
Herstellung von Chemiefasern	14,0	14,8	11,0	12,2	13,4	13,2	14,0	11,5	9,5	12,6
Holzbearbeitung	7,6	8,5	8,0	7,5	7,7	11,3	12,2	12,8	12,7	12,6
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	7,5	10,9	8,7	5,8	7,6	12,4	10,0	10,4	10,5	10,0
Gummiverarbeitung, Verarbeitung von Asbest	9,1	7,3	9,2	8,0	8,1	12,5	12,8	11,2	10,5	10,3
Stahl-, Leichtmetall- und Schienenfahrzeugbau (ohne Lokomotivbau)	10,1	10,8	10,1	8,8	7,7	13,3	13,5	11,4	10,5	10,4
Maschinenbau, Lokomotivbau	10,2	11,1	10,5	9,2	9,4	12,5	13,2	12,8	11,9	12,4
Straßenfahrzeugbau; Reparatur von Kraftfahrzeugen usw.	11,9	12,8	9,6	12,8	12,7	14,1	15,2	13,2	13,9	14,2
Schiffbau	10,0	9,9	10,4	4,5	4,7	15,0	11,1	12,4	13,5	10,4
Luft- und Raumfahrzeugbau	12,8	13,1	15,2	14,9	12,7	16,1	16,5	14,1	12,2	11,8
Elektrotechnik; Reparatur von elektrischen Geräten für den Haushalt	9,9	10,8	10,1	9,2	9,7	12,4	12,8	12,9	13,6	14,0
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren usw.	10,9	10,8	9,7	7,8	8,1	11,8	11,9	10,2	10,9	12,0
Herstellung von EBM-Waren, Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	10,6	12,0	10,9	10,2	10,4	12,5	12,9	12,0	12,0	12,3
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	11,2	10,6	9,2	8,1	10,9	12,7	7,8	7,8	9,0	7,8
Feinkeramik	8,1	8,5	8,1	7,2	7,4	11,1	10,7	8,4	10,7	10,9
Herstellung und Verarbeitung von Glas	9,1	10,0	9,1	7,4	9,6	10,6	10,6	11,4	11,5	12,5
Holzverarbeitung; Reparatur von Gebrauchsgütern aus Holz u. ä.	8,5	11,4	10,3	9,0	9,3	10,2	11,6	10,7	10,3	11,0
Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren, Sportgeräten, Schmuck u. ä.	10,1	10,7	10,8	8,5	8,1	12,7	13,0	12,0	9,7	10,9
Papier- und Pappeverarbeitung	9,8	12,1	11,3	10,3	10,7	11,6	11,7	13,0	11,9	13,2
Druckerei, Vervielfältigung	8,9	13,1	11,0	11,2	11,1	12,4	14,0	13,9	14,5	14,7
Herstellung von Kunststoffwaren	10,0	10,7	9,7	8,7	8,8	12,5	12,5	10,8	9,9	10,1
Ledererzeugung	9.2	7,9	7,9	7,5	7,1	13,5	9,1	9.2	8,1	5,8
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	9,0	9,7	8,7	7,1	8,4	11,2	11,1	8,2	10,8	10,5
Herstellung von Schuhen; Reparatur von Schuhen, Gebrauchsgütern aus Leder u. ä., Schirmen	7,1	7,8	6,0	6,3	6,3	10,1	12,1	11,3	11,8	10,2
Textilgewerbe	7,8	8,3	6,7	5,8	5,4	9,2	8,7	7,4	7,9	8,4
Bekleidungsgewerbe	7,4	6,4	5,2	5,4	5,4	10,2	9,5	8,0	8,7	9,4
Brot- und Backwarenindustrie	6,8	7,5	5,8	3,8	4,0	7,1	7,8	5,6	7,7	6,9
Obst- und Gemüseverarbeitung	11,7	10,4	8,8	10,0	9,6	12,9	12,8	10,2	10,6	9,5
Schlachthäuser (ohne kommunale Schlachthöfe), Fleischverarbeitung	6,7	7,8	7,1	7,6	8,7	11,0	9,1	8,9	9,8	9,4
Fischverarbeitung	3,4	8,2	6,2	6,8	4,5	10,6	12,4	11,3	10,8	11,6
Brauerei, Mälzerei	5,6	8,7	8,6	8,8	9,4	11,3	10,9	11,6	11,2	12,2
Herstellung von Zigarren, Zigarillos, Stumpen	6,5	5,2	4,0	2,4	1,6	8,6	9,1	4,6	9,1	6,5
Tabakverarbeitung (ohne Herstellung von Zigarren, Zigarillos, Stumpen)	13,7	18,8	16,9	16,1	14,1	14,3	17,0	17,2	12,5	9,1
Hoch- und Tiefbau (ohne Fertigteilbau im Hochbau)	–	–	0,6	–	0,6	8,4	8,4	8,6	8,2	7,9
Großhandel	–	–	–	–	–	12,6	13,9	10,4	11,2	10,5
Einzelhandel	–	–	–	–	–	11,9	11,7	9,6	9,3	9,2
Kreditinstitute	–	–	–	–	–	16,5	16,3	16,3	15,4	16,9
Versicherungsgewerbe	–	–	–	–	–	15,5	14,8	14,8	15,8	16,1
Industrie, (einschl. Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe)	–	–	–	–	–	13,7	13,8	12,8	13,2	13,4
Industrie (einschl. Hoch- und Tiefbau mit Handwerk)	8,9	9,7	9,1	9,1	9,8	12,4	12,7	12,1	12,5	12,8

Quelle: Statistisches Bundesamt. – Berechnungen des WSI.

gene lineare Lohn(erhöhungs)politik der Gewerkschaften automatisch geprägt wird. Seit 1967 ist z. B. bei den Angestellten (Männer und Frauen zusammen) der Variationskoeffizient bis 1990 um ein Drittel angestiegen, d. h. die ursprünglichen absoluten Einkommensabstände zwischen den Branchen haben sich um ein Drittel erhöht; bei den weiblichen Angestellten ist der Koeffizient im selben Zeitraum sogar um 50 vH angestiegen. Einerseits wird damit ein weiteres Mal die Klage der Arbeitgeber und monetaristischer Ökonomen über eine „zu wenig differenzierende" Entwicklung der Arbeits-Einkommen widerlegt; andererseits aber ist diese Differenzierung unter Gerechtigkeitsaspekten höchst problematisch. Der Trend des Auseinanderdriftens der absoluten Einkommenshöhen ließe sich nur durchbrechen, wenn die Tarifpolitik die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen in Tarifrunden überproportional anheben würde – und zwar *nicht* nur gelegentlich, sondern *ständig*.

Die Niveau-Unterschiede der Bruttoeinkommen *zwischen Löhnen* und *Gehältern* sowie *zwischen* den *Geschlechtern* sind ein nicht unerheblicher Teil dieses problematischen Einkommens-Differenzierungsprozesses: Eine Arbeiterin bezog 1990 durchschnittlich ein um 21 vH niedrigeres Arbeitseinkommen (brutto wie netto) als eine weibliche Angestellte; zwischen Arbeiter und männlichem Angestellten betrug der Einkommens-Abstand 27 vH. Die Arbeiterin mußte sich im Vergleich zum Arbeiter mit 30 vH weniger Einkommen im Durchschnitt zufrieden geben; die weibliche Angestellte verdiente durchschnittlich 35 vH weniger als der männliche Angestellte. Mit anderen Worten: die „unteren" Einkommen sind nicht nur wegen des Einkommens-Niveaus an sich problematisch, sondern auch weil es sich überwiegend um Arbeiter-Einkommen und vor allem um Frauen-Einkommen handelt. Ein Abgehen von der linearen Lohn(erhöhungs)politik würde also zum großen Teil auch statusüberwindende Entgeltpolitik und noch mehr Frauen-Antidiskriminierungs-Politik bedeuten.

Die in den „regelmäßig bezogenen Monatseinkommen" der Tabellen 6 bis 9 nicht enthaltenen Sonderzahlungen (vor allem Jahresprämien, Weihnachts- und Urlaubsgeld) sind in *Tabelle 11* als Prozentsätze der laufenden Einkommen wiedergegeben; in absolute Beträge umrechenbar erhöhen sie entsprechend im Durchschnitt die regelmäßigen Einkommen und verstärken überwiegend die dort schon beobachtbaren Differenzierungen: Angestellte (Männer und Frauen) in der Industrie (einschließlich Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe) erhalten durchschnittlich in 1989 (für 1990 liegen noch keine Auswertungen vor) 13,4 vH zusätzliche Einkommens-Bestandteile; ohne Handel und die anderen Dienstleistungsbereiche sind es auch noch 12,8 vH. Ein herausragendes Volumen der Sonderzahlungen bei Angestellten besteht gerade in den Dienstleistungsbereichen Kreditinstitute (16,9 vH) und Versicherungs-Gewerbe (16,1 vH), aber z. B. auch in der Chemischen Industrie (16,9 vH) und im Druckerei-Gewerbe (14,7 vH). Dagegen sind die Sonderzahlungen bei den Arbeitern (Männer und Frauen) deutlich niedriger; im Durchschnitt der Industrie sind es 1989 9,8 vH, in einzelnen Branchen aber auch teilweise deutlich mehr (am höchsten sind sie in der Mineralölverarbeitung mit 19,6 vH, der Chemischen Industrie mit 16,8 vH und in der Tabakverarbeitung mit 14,1 vH)[21]).

4. Haushalts-Einkommen aller sozialen Gruppen . . .

4.1 in West . . .

Die *verfügbaren Haushalts-Einkommen* bestimmen die materielle Lage und den Lebensstandard der Individuen aus naheliegenden Gründen stärker als die Arbeitseinkommen, weil hier *alle* Einkommensquellen von zusammenlebenden Personen einschließlich staatliche Transfers sowie die Abzüge durch direkte Steuern und Abgaben berücksichtigt sind. Für sie liegen über die hier im letzten WSI-Verteilungsbericht kommentierten ausführlichen Veröffentlichungen von *Statistischem Bundesamt* und *Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)* hinaus[22]) keine qualitativ neuen Arbeiten vor.

Das *Statistische Bundesamt* hat in einer zur Verfügung gestellten Arbeitsunterlage seine eben erwähnten Angaben zu den verfügbaren *Durchschnitts-Einkommen* der privaten Haushalte lediglich um die für das Jahr 1989 ergänzt und die für die Jahre 1987 und 1988 aktualisiert. Die Auswirkungen der Volkszählung und der anderen Großzählungen von 1987 sind hierbei aber im Gegensatz zur VGR noch *nicht* berücksichtigt, so daß zu den Haushalts-Einkommen in nächster Zeit auch eine größere Revision bis zurück zu 1972 ansteht. Die wichtigsten Ergebnisse der Aktualisierung sind in *Tabelle 12* wiedergegeben.

An den schon im Vorjahr beschriebenen Verteilungsentwicklungen hat sich durch die Aktualisierung des *Statistischen Bundesamtes* nichts geändert. Hinzuweisen ist allenfalls noch auf die unterschiedliche Entwicklung der durchschnittlichen Zahl der Haushaltsmitglieder, die die Einkommensdisparitäten zwischen den Erwerbstätigen- und den Nichterwerbstätigen-Haushalten *verstärkt* und die materielle Lage der letzteren *negativ* tangiert. Ist bei ersteren in den letzten beiden Jahrzehnten mit steigendem Haushalts-Einkommen die Zahl der Haushaltsmitglieder mehr oder weniger stark zurückgegangen, was die Pro-Kopf-Position zusätzlich verbessert hat, so ist die Zahl der Haushaltsmitglieder bei letzteren ziemlich unverändert geblieben; bei den Sozialhilfe-Haushalten ist sie sogar leicht gestiegen. Lediglich bei den Arbeitslosen-Haushalten ist der Rückgang der Zahl der Mitglieder im Haushalt ähnlich stark wie bei den Erwerbstätigen-Haushalten.

4.2 . . . und Ost

Nachrichtlich sind in *Tabelle 12* auch noch für 1990 die durchschnittlich verfügbaren Einkommen der sozialen Haushaltsgruppen aufgenommen worden, die einer Aktualisierung bzw. Fortschreibung der *DIW*-Verteilungsrechnung für 1988 entstammen. (Die entsprechenden Daten stehen in Klammern, weil die *DIW*-Verteilungsrechnung mit der des *Statistischen Bundesamtes* methodisch *nicht voll* vergleichbar ist – obwohl beide Rechnungen für die Vorjahre zu sehr ähnlichen Ergebnissen bei den Durchschnitts-Einkommen gelangt sind). Die *DIW*-Aktualisierung ist entstanden im Rahmen eines Auftrags der Bundesregierung an das *DIW* (Berlin-West) und das *Institut für Angewandte*

[21]) Zu Informationen über die Verdienstentwicklung des *Vorjahres* vgl. *Dresch, A.*, Bruttojahresverdienste in der Industrie, im Handel, bei Kreditinstituten und im Versichrungsgewerbe 1989, in: Wirtschaft und Statistik 12/1990, S. 859 ff.

[22]) Vgl. *Schüler, K. und Mitarbeiter*, Verfügbares Einkommen nach Haushaltsgruppen in erweiterter Haushaltsgliederung 1972–1988, in: Wirtschaft und Statistik 3/1990, S. 182 ff. – *Bedau, K.-D.*, Das Einkommen sozialer Haushaltsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland 1988, in DIW-Wochenbericht 22/1990, S. 304 ff.

Wirtschaftsforschung (IAW, Berlin-Ost), einen erstmaligen Vergleich von verfügbaren Haushalts-Einkommen und privatem Verbrauch in den *alten* und *neuen* Bundesländern vorzulegen[23]). Die wichtigsten Ergebnisse dieses Vergleichs bezüglich der Einkommen sind in *Tabelle 13* wiedergegeben.

Sie bestätigen im wesentlichen die Erwartung, daß die Einkommensverteilung in der ehemaligen DDR aus vielerlei Ursachen (noch) deutlich gleichmäßiger ist als in der alten Bundesrepublik. Die Vergleichbarkeit mit dem Westen ist nun aber nicht nur wegen dieser teils noch fortwirkenden, teils schon im Schwinden begriffenen Ursachen eingeschränkt: Wegen geringerer sozio-demographischer Differenzierung in den neuen Bundesländern mußten einige Haushaltsgruppen zusammengefaßt werden; wegen des im Osten generell niedrigeren Einkommensniveaus ist die Vergleichs-Darstellung auf die aus westlicher Sicht „unteren" Einkommensklassen konzentriert; vor allem aber wegen der Fundierung der östlichen Einkommensdaten auf *Befragungsergebnissen* von 1 720 Haushalten im *Februar 1991* und ihrer *Hochrechnung* mit teils noch unsicheren volkswirtschaftlichen Eckdaten des Ostens ist sowohl der zeitliche wie der methodische Vergleichsrahmen sehr unterschiedlich.

Noch schwerer jedoch wiegen für die Vergleichbarkeit zwei weitere Faktoren: *Erstens* die neben den unterschiedlichen Einkommensniveaus (noch) ungleichen *Preisniveaus* in Ost und West, so daß 1 DM hier und dort eine unterschiedliche, d. h. im Osten (noch) höhere Kaufkraft hat; diese Unterschiede hat das DIW durch Anwendung verschiedener Kaufkraftparitäten und Berechnung realer Einkommen zu berücksichtigen versucht. Aber *zweitens* stellen auch die für das 1. Quartal 1991 im Osten ermittelten realen Einkommen eine wahrscheinlich nur *ganz kurz* gültige Momentaufnahme der Einkommensverhältnisse dort dar (selbst wenn man von methodischen Problemen völlig absieht). Denn seit dem 1. Quartal 1991 sind im Osten sowohl bei den individuellen wie den Haushalts-Einkommen zahlreiche sich überlagernde Wandlungs- und Veränderungsprozesse eingetreten, die z. B. schon für das 3. Quartal 1991 ganz andere östliche Verteilungsverhältnisse erzeugen, die selbst wiederum bei absehbar fortdauerndem Wandel einige Monate später auch schon vollständig abgelöst sein werden. Dieser Wandel wird im wesentlichen auf drei Ebenen vollzogen: der sozio-demographischen und Arbeitsmarkt-Ebene, wo insbesondere ein weiterer Rückgang der Erwerbstätigkeit und der Erwerbseinkommen zu erwarten ist; der nominellen Einkommens-Ebene, wo Tarifeinkommen und Transfereinkommen – letztere gerade auch wegen zunehmender Erwerbslosigkeit – an westliche Verhältnisse angepaßt werden; schließlich der realen Kaufkraft-Ebene im Osten, wo durch Subventionsabbau beim privaten Konsum einerseits wie bei Preis- und Mieterhöhungen andererseits ebenfalls ein Anpassungsprozeß zum Westen hin stattfindet.

Das *DIW* hat versucht, diesem schnellen Wandel durch eine Prognose der realen Einkommensveränderungen im Osten bis zum 3. Quartal 1991 Rechnung zu tragen: Konnte man davon ausgehen, daß die *reale* (um Kaufkraft-Unterschiede bereinigte) Einkommenslage der DDR-Haushalte *bei* Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion 50 vH der West-Haushalte betrug[24]), so hat sich diese *danach* bis zum 1. Quartal 1991 zunächst deutlich *verbessert*: auf 64 vH bei allen Rentner-Haushalten und 80 vH bei allen Arbeitnehmer-Haushalten; doch wegen des oben genannten Wandels sollen sich diese Relationen zum Westen bis zum 3. Quartal wieder auf 60 vH bei allen Rentner-Haushalten und 73 vH bei allen Arbeitnehmer-Haushalten *verschlechtern*[25]).

Es soll hier nicht gefragt werden, ob diese Verschlechterung sich *nach* dem 3. Quartal z. B. wegen sprunghaft steigender Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig drastisch wachsenden Mietbelastungen fortsetzen wird. Aber es ist durchaus fraglich, ob das *DIW* nicht schon die Entwicklung im Osten zwischen 1. und 3. Quartal 1991 *zu günstig* einschätzt: So scheint das *DIW* (wie andere auch) die Entwicklung bzw. Anpassung der Tarifeinkommen angesichts der Untersuchungen des *WSI* zu *über*schätzen, wonach die im Frühjahr 1991 vereinbarten tariflichen *Grund*vergütungen von 60 vH des Westniveaus *nicht* mit einer entsprechend hohen tariflichen *Gesamt*vergütung gleichzusetzen sind; letztere beträgt zur Jahresmitte mit Fortwirkung von zumindest mehreren Monaten eher rund 40 vH und dürfte vom Niveau des Effektiv-Einkommens mangels Lohndrift in der ehemaligen DDR nicht weit entfernt sein[26]). Bestätigt wird diese Vermutung neuerdings zumindest für die ostdeutsche Industrie durch Untersuchungen der Arbeit*geber*, nach denen das durchschnittliche Brutto-Monatseinkommen eines Beschäftigten

[23]) Vgl. *Bedau, K.-D., Boje, J., Gladisch, D., Grunert, R., Schmidt, J., Vortmann, H.*, Niveau und Struktur der verfügbaren Einkommen und des privaten Verbrauchs in den neuen Bundesländern, Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft, Berlin, Mai 1991.

Tabelle 12

Verfügbare Haushaltseinkommen[1]) von sozialen Gruppen[2]
(im Monatsdurchschnitt)
nominal und real
– alte Bundesländer –

Jahr	Selbstständigenhaushalte		Arbeitnehmerhaushalte			Nichterwerbstätigenhaushalte			
	Landwirte	Sonstige	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Arbeitslose	Sozialhilfe	Rentner	Pensionäre
	– Nominaleinkommen –								
1972	2 864	5 028	2 261	2 049	1 652	1 165	756	1 180	1 704
1980	4 181	8 373	4 039	3 527	2 983	1 817	1 271	2 168	3 048
1981	4 159	9 103	4 224	3 682	3 127	1 992	1 335	2 291	3 269
1982	4 578	9 165	4 211	3 726	3 133	1 987	1 366	2 390	3 420
1983	4 039	9 786	4 342	3 827	3 169	1 937	1 370	2 405	3 384
1984	4 648	11 105	4 407	3 907	3 218	1 895	1 406	2 461	3 429
1985	4 340	11 813	4 524	3 978	3 281	1 904	1 497	2 518	3 518
1986	4 882	12 103	4 660	4 117	3 416	1 967	1 568	2 585	3 583
1987[3])	4 446	13 101	4 787	4 216	3 482	2 090	1 612	2 669	3 698
1988[3])	5 048	13 407	4 946	4 324	3 605	2 135	1 655	2 740	3 813
1989	5 171	13 918	5 046	4 437	3 656	2 179	1 733	2 848	3 935
(1990)[5])	(6 176)	(14 789)	(5 335)	(4 702)	(3 899)	(2 231)	(1 700)	(2 794)[6])	(3 986)
	– Realeinkommen[4]) (1972 = 100) –								
1989	95,9	147,0	121,6	118,0	120,6	100,7	122,0	130,0	124,3
	– Realeinkommen[4]) (1980 = 100) –								
1989	97,2	130,6	99,6	100,3	97,7	95,2	108,3	104,3	102,5
	– Durchschnittliche Zahl der Haushaltsmitglieder –								
1972	4,6	3,3	3,2	2,8	3,2	2,9	2,1	1,7	1,7
1989	3,9	2,8	2,8	2,4	2,8	2,2	2,2	1,6	1,6

1) Darunter ist zu verstehen die Summe sämtlicher zufließender Einkommen (also neben Arbeitseinkommen auch jenes aus Vermögen, Unternehmertätigkeit, Vermietung etc. einschließlich der sozialen Transferleistungen, wie etwa Wohngeld etc.) abzüglich der Steuern und Abgaben (Sozialbeiträge). – 2) Die Ergebnisse der Volkszählung usw. von 1987 sind für den ganzen Zeitraum 1972–1989 noch nicht berücksichtigt. – 3) 1987 und 1988 gegenüber den Angaben aus dem Vorjahr (1990) revidiert. – 4) Deflationiert mit dem Preisindex für die Lebenshaltung der jeweiligen Haushaltstypen entsprechend Statistisches Bundesamt, Fachserie 17, Reihe 7. – 5) Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). – 6) Einschließlich Empfänger-Haushalte von Sozialhilfe und Haushalte sonstiger Nichterwerbstätiger.

Quelle: Statistisches Bundesamt. – Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (für 1990). – Berechnungen des WSI.

Tabelle 13

Verteilung der Haushaltsgruppen nach der Höhe des verfügbaren Einkommens im neuen und alten Bundesgebiet 1990/91

Monatlich verfügbares Haushaltseinkommen von ... bis unter ... DM	Neue Bundesländer Zahl der Haushalte in vH	Alte Bundesländer Zahl der Haushalte in vH
	Arbeiter-Haushalte	
unter 1 000	4,7	3,1
1 000 ... 2 000	27,3	11,4
2 000 ... 2 500	19,3	8,2
2 500 ... 3 000	15,6	11,6
3 000 ... 3 500	11,6	12,8
3 500 ... 4 000	9,8	12,2
4 000 oder mehr	11,7	40,8
Zusammen	100,0	100,0
(in 1 000)	(2 147)	(5 787)
	Angestellten-Haushalte[1])	
unter 1 000	1,0	0,6
1 000 ... 2 000	17,4	3,1
2 000 ... 2 500	19,6	8,5
2 500 ... 3 000	18,4	9,9
3 000 ... 3 500	14,6	10,7
3 500 ... 4 000	12,5	10,2
4 000 oder mehr	16,6	57,0
Zusammen	100,0	100,0
(in 1 000)	(1 496)	(7 865)
	Landwirtschaftliche-Haushalte[2])	
unter 1 000	x	x
1 000 ... 2 000	9,0	x
2 000 ... 2 500	27,1	1,0
2 500 ... 3 000	26,8	5,7
3 000 ... 3 500	19,4	5,1
3 500 ... 4 000	12,0	8,6
4 000 oder mehr	5,7	79,6
Zusammen	100,0	100,0
(in 1 000)	(299)	(314)
	Selbständigen-Haushalte[3])	
unter 1 000	x	x
1 000 ... 2 000	3,1	x
2 000 ... 2 500	11,3	x
2 500 ... 3 000	30,4	x
3 000 ... 3 500	18,7	x
3 500 ... 4 000	16,7	0,1
4 000 oder mehr	19,8	99,9
Zusammen	100,0	100,0
(in 1 000)	(257)	(1 596)
	Arbeitslosen-Haushalte	
unter 1 000	20,7	18,8
1 000 ... 2 000	55,4	33,1
2 000 ... 2 500	19,0	9,6
2 500 ... 3 000	5,0	11,2
3 000 ... 3 500	x	11,3
3 500 ... 4 000	x	7,8
4 000 oder mehr	x	8,2
Zusammen	100,0	100,0
(in 1 000)	(343)	(707)
	Rentner-Haushalte[4])	
unter 1 000	45,0	3,2
1 000 ... 2 000	38,2	25,8
2 000 ... 2 500	10,9	15,3
2 500 ... 3 000	4,6	14,5
3 000 ... 3 500	1,1	13,4
3 500 ... 4 000	0,3	10,4
4 000 oder mehr	0,1	17,3
Zusammen	100,0	100,0
(in 1 000)	(1 802)	(11 059)
	Privathaushalte insgesamt	
unter 1 000	15,7	2,6
1 000 ... 2 000	27,7	14,6
2 000 ... 2 500	17,0	10,6
2 500 ... 3 000	13,7	11,5
3 000 ... 3 500	9,3	11,6
3 500 ... 4 000	7,6	10,1
4 000 oder mehr	9,0	39,0
Zusammen	100,0	100,0
(in 1 000)	(6 344)	(27 330)

1) Alte Bundesländer: einschließlich Beamten-Haushalte. – 2) Neue Bundesländer: Haushalte von LPG-Mitgliedern; alte Bundesländer: Haushalte von Selbständigen in der Landwirtschaft. – 3) Alte Bundesländer: ohne Haushalte von Selbständigen in der Landwirtschaft. – 4) Alte Bundesländer: einschließlich Pensionärs-Haushalte.

Quelle: Berechnungen des IAW und des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

[24]) Vgl. *DIW*, Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte in den neuen und alten Bundesländern, in: DIW-Wochenbericht 29/1991, S. 403 ff., hier S. 414.

[25]) Vgl. ebenda, S. 411 und S. 415.

[26]) Vgl. dazu ausführlich *Bispinck, R., WSI-Tarifarchiv*, „Alle Dämme gebrochen? . . .," a.a.O., S. 474.

dort Mitte 1991 41,6 vH des West-Durchschnitts beträgt[27]). Und das *DIW* scheint die Dynamik der Preis- und Mietpreisentwicklung in den neuen Bundesländern eher zu *unter*schätzen, wie neuere (nach Abschluß des DIW- und IAW-Gutachtens vorliegende) Informationen und Indizien dazu auch nach Berücksichtigung etwa von Wohngeld nahelegen[28]).

5. Einkommens„arme" Personen und Haushalte

Es ist vom *WSI* schon wiederholt betont worden, daß Armut als gesellschaftliches Problem nicht nur „zu niedrige" Arbeits- oder Transfer-Einkommen, sondern auch unzureichende Arbeitsmarkt- und Lebenschancen einschließt – wobei wie beim Einkommen möglichst nicht nur Moment-Aufnahmen der Lebenslagen-Verteilung, sondern auch die individuellen und haushaltsbezogenen Verläufe „zu schlechter" Lebenslagen zu bedenken sind. Trotzdem sind aus gewerkschaftlicher Sicht zunächst einmal diejenigen Gruppen von besonderem Interesse, die von Arbeitslosigkeit als herausragend negativer Lebenslage materiell und immateriell betroffen sind. Die materielle Betroffenheit schlägt sich vor allem in deutlicher Einkommensreduktion nieder, die für eine gewisse Zeit durch den Bezug von Arbeitslosengeld und danach Arbeitslosenhilfe und/oder Sozialhilfe „gemessen" werden kann – soweit überhaupt entsprechende Transfer-Ansprüche bestehen. Die Entwicklung der *realisierten* Ansprüche (die gerade bei Sozialhilfe weit unter den *möglichen* Ansprüchen liegen dürfte) sowie der durchschnittlichen „Lohnersatz-Leistungen" wird in den *Tabellen 14 bis 16* wiedergegeben. Angegeben sind dort meist – mangels besserer Daten – *individuelle* Ansprüche und Leistungen, von denen nicht ohne weiteres auf eventuell dahinterstehende *Haushalte* und deren Belastung durch Arbeitslosigkeit geschlossen werden kann.

Hinter dem in *Tabelle 15* angegebenen Bezug von Arbeitslosengeld und -hilfe verbergen sich wie immer bei Durchschnitten sehr differenzierte Bezugslagen: Zum Beispiel bezogen Ende Oktober 1990 beim Arbeitslosen*geld* Männer (Frauen) *mit* mindestens einem Kind, die dann den höheren Unterstützungssatz von 68 vH des *pauschalierten* (im wesentlichen um Sonderzahlungen verminderten) Nettoentgelts beanspruchen können, einen durchschnittlichen Betrag von 1 594 DM (895 DM); Männer (Frauen) ohne Kind(er) mit dem Unterstützungssatz von 63 vH erhielten 1 325 DM (940 DM). Bei der Arbeitslosen*hilfe* betragen die entsprechenden Unterstützungssätze 58 vH (durchschnittlich 1 063 DM für Männer und 762 DM für Frauen *mit* mindestens einem Kind) und 56 vH (934 DM für Männer bzw. 751 DM für Frauen *ohne* Kind). Für die Frauen *mit* Kind(ern), die bekanntlich auch im Erwerbsleben ohnehin niedrigere Einkommen akzeptieren müssen, ist Arbeitslosigkeit also ein besonders

Tabelle 14

Anteil der Leistungsempfänger an der Gesamtzahl der registrierten Arbeitslosen
– alte Bundesländer –

Jahr	Registrierte Arbeitslose (Jahresdurchschnitt) Tsd.	Leistungsempfänger		
		Arbeitslosengeld	Arbeitslosenhilfe	Gesamt
		Anteil in vH		
1980	889	51,1	13,7	64,8
1981	1 272	54,5	13,3	68,1
1982	1 833	50,5	15,9	66,4
1983	2 258	44,9	21,5	66,4
1984	2 266	37,9	26,4	64,3
1985	2 304	36,3	26,8	63,1
1986	2 228	35,9	27,0	62,9
1987	2 229	37,4	25,9	63,3
1988	2 242	42,1	23,6	65,7
1989	2 038	43,6	24,4	67,9
1990	1 883	42,4	23,0	65,4

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. – Berechnungen des WSI.

harter Einschnitt; sie müssen sich übrigens bei Arbeitslosengeld in fast 50 vH aller Fälle mit weniger als 600 DM und bei Arbeitslosen*hilfe* sogar zu über 60 vH mit weniger als 600 DM im Monat zufrieden geben[29]).

Tabelle 16 macht deutlich, daß Arbeitslosigkeit auch eine treibende Kraft beim ständigen Anstieg der „laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt" in der Sozialhilfe ist[30]). Inzwischen nennen ein Drittel oder 32,6 vH aller Haushalte, die diese Hilfe beziehen, Arbeitslosigkeit als *Hauptursache* für den Sozialhilfe-Bezug, nachdem es 1980 erst 9,8 vH waren; in absoluten Zahlen ist das fast eine Versechsfachung seit 1980. (Bei den deutschen Haushalten darunter wird Arbeitslosigkeit als Haupt-Bezugsgrund sogar als häufigster Grund vor an-

Tabelle 15

Arbeitslosengeld und -hilfe[1])
(Monatsdurchschnitt in DM)
– alte Bundesländer –

Jahr	Arbeitslosengeld	Arbeitslosenhilfe
1980	886	577
1981	984	767
1982	975	793
1983	959	801
1984	937	800
1985	951	801
1986	980	816
1987	1 023	833
1988	1 055	842
1989	1 059	845
1990	1 144	903

1) Empfangene Leistung nach Abzug von Beiträgen zur Renten- und Krankenversicherung.
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

[27]) Vgl. die Angaben des Arbeitgeberverbands *Gesamtmetall*, zitiert in: Handelsblatt, Gesamtmetall – Ost-Löhne können nur langsam am West-Niveau angepaßt werden, 5. 9. 1991.

[28]) Vgl. z. B.: Sechshundert Prozent höhere Mieten im Osten Deutschlands?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. 8. 1991.

[29]) Vgl. ausführlicher *Bundesanstalt für Arbeit*, Tabellen zu Empfängern von Arbeitslosengeld und -hilfe Ende Oktober 1990, in: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit 12/1990, S. 771 ff.

[30]) Die andere Hilfsform, die „Hilfe in besonderen Lebenslagen", wird in der Regel Personen gewährt, die nicht aus eigener materieller Kraft eine besondere Notlage wie Krankheit, Behinderung oder Pflegebedürftigkeit bewältigen können. Ein kleiner Teil der Sozialhilfeempfänger bezieht beide Hilfsformen.

Tabelle 16

Sozialhilfebezug[1])
– alte Bundesländer –

Jahr	Zahl der Sozialhilfeempfänger (Einzelpersonen)	davon: Empfänger von lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt	Empfänger-Haushalte mit Arbeitsplatzverlust als Hauptursache des Sozialhilfebezugs[2])	Empfänger-Haushalte von lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt mit angerechneten Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung[2])	Regelsatz für Haushaltsvorstände und Alleinstehende (Bundesdurchschnitt)
	Tsd.	Tsd.	vH	vH	DM
1980	2 144	1 322	9,8	9,2	309
1982	2 320	1 560	16,4	12,5	338
1983	2 437	1 726	19,3	14,3	345
1984	2 570	1 838	22,6	16,7	356
1985	2 808	2 059	25,0	17,8	384
1986	3 020	1 239	32,6	18,1	393
1987	3 136	2 322	32,7	19,5	403
1988	3 349	2 509	32,7	14,8	412
1989	3 626	2 774	32,6	14,8	426
1990	3 721[3])	2 851[3])	–	–	447

1) Fälle von Bezug im Laufe eines Jahres; das kann das ganze Jahr über gedauert haben, aber auch für kürzere Zeit und letzteres sogar u. U. mehrmals. – 2) Bezugsbasis sind hier die Haushalte inner- und außerhalb von Einrichtungen. – 3) Vorläufige Angaben.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfestatistik.

deren genannt). Gleichzeitig sind rund zwei Drittel dieser Haushalte (genau 64,9 vH) trotz des Haupt-Bezugsgrunds Arbeitslosigkeit *ohne* Anspruch auf Arbeitslosen-Unterstützung (mehr). Und diejenigen, die (noch) Arbeitslosen-Unterstützung beziehen, müssen sich diese wie andere Einkommen auch nach den gesetzlichen Bestimmungen auf die Sozialhilfe *anrechnen* lassen. Bei den in Spalte 4 von *Tabelle 16* genannten Haushalten mit angerechneter Arbeitslosen-Unterstützung sind allerdings auch solche Haushalte mitgezählt, deren Hauptgrund für die Sozialhilfe nicht Arbeitslosigkeit ist; d. h. die Betroffenheit der Sozialhilfeempfänger-Haushalte durch Arbeitslosigkeit ist größer, als es die Bezugs-Hauptsache „Arbeitslosigkeit" vermuten läßt. Arbeitslosigkeit und mangelnde Arbeitsmarkt-Chancen spiegeln sich im übrigen auch in anderen Erhebungsmerkmalen der Sozialhilfe-Statistik – wenn auch indirekt – wider; so gab es 1989 fast *dreimal* so viele Empfänger von Hilfe zum laufenden Lebensunterhalt *im Alter zwischen 18 und 50 Jahren* wie 1980[31]).

Vergleichbar tiefgegliederte Zahlen für 1990 liegen noch nicht vor. Aber die *vorläufigen* Eckdaten für die generelle Entwicklung der *individuellen* Sozialhilfe-Empfänger in 1990 (s. *Tabelle 16*) lassen erkennen, daß sich am oben geschilderten Trend kaum etwas ändert. Im Gegenteil: die erneute Zunahme der Einzel-Empfänger von „laufender Hilfe zum Lebensunterhalt" läßt vermuten, daß auch die Zahl der Empfänger-*Haushalte* von entsprechender Hilfe und darunter die mit der Hauptursache Arbeitslosigkeit wieder angestiegen ist. Das bedeutet ein zusätzliches Indiz für die Verhärtung des Arbeitsmarktes zu Lasten von Langzeit-Arbeitslosen, die man unter den Sozialhilfeempfängern überproportional häufig unterstellen kann, weil ja gleichzeitig in 1990 die registrierte Arbeitslosigkeit insgesamt abgenommen hat. Das heißt: von der Verbesserung der Arbeitsmarkt-Lage, nicht zuletzt durch den vereinigungsbedingten Nachfrageschub, haben in erster Linie andere Personen bzw. Beschäftigtengruppen profitiert.

Trotz der Bedeutung des Aspekts Arbeitslosigkeit unter den Sozialhilfe-Empfängern bietet aber gerade die Sozialhilfe-Statistik Anlaß, andere Ursache, Lagen und Auswirkungen von materieller und auch immaterieller Armut nicht zu vernachlässigen. Zu Recht wird davor gewarnt, die Armutsdiskussion monokausal bzw. monozentriert zu sehen und umgekehrt die Beachtung der Unterschiedlichkeit von Armutsgruppen und -entwicklungen gefordert[32]). Dieser Appell scheint um so notwendiger angesichts der Gefahr, daß die ohnehin von der Politik schon wenig beachteten Armutsaspekte im scheinbar „reichen" Westen durch die absehbaren Armuts(kosten)-Folgen der deutschen Vereinigung in den neuen Bundesländern zumindest aus fiskalischen Gründen weiter vernachlässigt bleiben. Schon jetzt, Mitte 1991, ist der Anteil der Empfänger von „laufender Hilfe zum Lebensunterhalt" an allen Sozialhilfe-Empfängern im Osten mit 97 vH erschreckend hoch (im Westen rund 60 vH), darunter ein ebenfalls sehr großer Anteil wegen Arbeitslosigkeit als Hauptursache. Und die absolute Zahl der Hilfe-Empfänger dort ist wegen der prekären Arbeitsmarktlage in einem dramatischen Anstieg begriffen[33]).

Dabei könnten „alte Armut" im Westen und „neue Armut" im Osten zusammen endlich Anlaß genug sein, zumindest die materiellen Armutsfolgen durch eine *be-*

[31]) Zu diesen und weiteren Angaben des Sozialhilfe-Bezugs vgl. *Deininger, D.*, Sozialhilfeempfänger 1989, in: Wirtschaft und Statistik 7/1991, S. 457 ff.

[32]) Vgl. z. B. dazu ausführlich *Leisering, L., Zwick, M. M.*, Heterogenität der Armut? – Alte und neue Perspektiven zum Strukturwandel der Sozialhilfeklientel der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschrift für Sozialreform 11/12-1990, S. 715 ff. – Weitere Beiträge zu diesem Komplex finden sich auch in: *Rendtel, U., Wagner, G.* (Hrsg.), Lebenslagen im Wandel: Zur Einkommensdynamik in Deutschland seit 1984, Frankfurt/New York 1991.

[33]) Zum Sozialhilfe-System in den neuen Bundesländern einschließlich Übergangsregelungen sowie zu den Perspektiven der Armutsentwicklung dort vgl. *Bäcker, G.*, Sozialpolitik 1990, in: Kittner, M. (Hrsg.), Gewerkschaftsjahrbuch 1991, Köln 1991, S. 330 ff., hier S. 354 ff. sowie *DGB* (Hrsg), Armut und Sozialhilfebedürftigkeit in den neuen Bundesländern, in: DGB-Informationen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik 5/1991.

darfsorientierte Mindestsicherung als Alternative zur Sozialhilfe weit besser erträglich zu machen[34]). Das jetzige Sozialhilfe-System erzeugt jedenfalls durch Antrag, Bedürftigkeitsprüfung und Abschreckung nicht nur eine sehr hohe Dunkelziffer von *versteckter*, verschwiegener und verschämter Armut. Es gewährt auch den *erfolgreichen* Antragstellern *nicht* den existentiell notwendigen Grundsicherungsbetrag; ja es enthält den Anspruchsberechtigten selbst den jetzt im Prinzip zugebilligten niedrigeren „Regelsatz" vorerst vor, weil dieser im Rahmen der im letzten Jahr beschlossenen Neuregelung der Bedarfsbemessung erst in mehreren Stufen bzw. Jahren erreicht werden soll – ein Umstand, der die *Wohlfahrtsverbände* zur Aufforderung an die Sozialhilfeempfänger veranlaßt hat, gegen ihre Sozialhilfe-Bescheide ab 1. Juli 1991 wegen staatlichen Verstoßes gegen das „Bedarfsdeckungsprinzip" Widerspruch einzulegen und notfalls vor Gericht zu klagen[35]).

6. Verteilungspolitik als „innere Vereinigungspolitik"

Faßt man die ganze bekannte Entwicklung der Verteilung von materiellen und immateriellen Lebenslagen in Deutschland zusammen, von der dieser Bericht nur einen Ausschnitt geben konnte, so sind mehrere problematische Risse in der Gesellschaft nicht zu übersehen. Teilweise werden sie, nimmt man prognostizierbare Entwicklungen und unveränderte Trends hinzu, noch breiter und tiefer werden und unter Umständen den sozialen Frieden in dieser Gesellschaft gefährden, zumindest das „Soziale" in der sozialen Marktwirtschaft in Frage stellen können. Und das gilt nicht nur, weil durch die deutsche Vereinigung und das danach erst zu überwindende Ost-West-Gefälle eine erhebliche Ungleichheits-Dimension dazugekommen ist. Auch andere bzw. alte „Spaltungen" der Gesellschaft sind von besonderem Gewicht.

Zweifellos ist die Überwindung der Spaltung zwischen Ost und West am vordringlichsten – was wohl vor allem heißt, die Spaltung des Arbeitsmarkts nicht noch größer werden zu lassen und eine Transfer-Empfänger-Gesellschaft im Osten zu verhindern. Nur wie soll das mit der Fortsetzung des gegenwärtigen Politikmusters gelingen, das für diese Spaltung Mitverantwortung trägt und zu deren Kaschierung sogar bereit ist, im Westen vorhandene Spalten weiter aufzureißen? Die bisherige *unsoziale* Verteilung bei der Aufbringung der unzweifelbar für die deutsche Vereinigung notwendigen Finanzmittel *zu Lasten* der Arbeitnehmer und darunter besonders der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer ist ja nur der Beginn. Die Fortsetzung durch einerseits höhere Mehrwertsteuern zu Lasten von Arbeitnehmern und Rentnern sowie andererseits durch den Wegfall der Vermögensteuer und der Gewerbekapitalsteuer für Unternehmen ist bereits angekündigt. Und selbst bei der vom *Bundesverfassungsgericht* erzwungenen Änderung der bisher skandalösen, weil weitgehend fehlenden Besteuerung von Zinseinkünften muß man befürchten, daß der Steuerhinterziehung zugunsten der „höheren" Einkommen und Vermögen wieder wie beim „Bankenerlaß" ein quasi legales Schlupfloch gelassen wird.

Dabei ist jetzt schon zu erwarten, daß die durch Steuerentlastung zukünftig zusätzlichen Unternehmensgewinne genausowenig in den deutschen Osten fließen werden wie heute die überreichlich vorhandene Unternehmens-Liquidität. Wollte die Politik wirklich dem Osten ein ausreichendes Aufbau-Finanzvolumen besorgen, so müßte sie das, was freiwillig nicht im Osten investiert wird, durch *Zwangs*abschöpfung per *höhere* Steuern auf Unternehmensgewinne selbst in den Osten schaffen; die vorhandene Liquidität wie die gegebene niedrige Steuerbelastung der Unternehmen machte solches Vorgehen ökonomisch allemal vertretbar. Ähnliches gilt für höhere Einkommen und deren mögliche zusätzliche Steuerbelastung.

Andere Spaltungen aber werden bleiben, selbst wenn das generelle Ost-West-Gefälle erfolgreich abgebaut sein sollte. Das heißt: die bisher *west*deutschen Spaltungen werden dann *gesamt*deutsche sein und mindestens genauso viel Anstrengungen zu ihrer Überwindung erfordern: einerseits hohe und teils privilegierte Einkommen (z. B. de facto steuerbefreite Zinseinkommen vermögender und überproportional verdienender Haushalte, relativ gering steuerbelastete Unternehmensgewinne), andererseits niedrige und teils unzureichende Arbeits- und Transfer-Einkommen (z. B. Teilzeit-Einkommen, Einkommen aus geringfügiger Beschäftigung, Sozialhilfe); ungleiche Zugangschancen zum und ungleiche Aufstiegschancen im Arbeitsmarkt für Frauen in Verbindung mit ungleichen Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung; Diskrepanzen *in* der Arbeitnehmerschaft: zwischen Männern und Frauen sowie ihren Einkommen bei gleichwertiger Tätigkeit, zwischen Beamten und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wegen der unterschiedlichen Abgabenbelastungen und weiteren Statusbedingungen, zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten (einschließlich geringfügig Beschäftigten), zwischen oberen und unteren Arbeits-Einkommen aufgrund ständig größer werdender Einkommensabstände durch lineare Lohnerhöhungspolitik. Und alle diese Spaltungen können sich wieder oder weiter verschärfen, wenn nach dem Problemdruck durch die deutsche Vereinigung ein ähnlicher Problemdruck durch den „Vereinigungsdrang" der ehemaligen Ostblockländer mit Westeuropa nachrückt.

Es ist zu wünschen, daß die Politik – und zwar die staatliche wie die tarifpolitische – zu neuen Mustern findet, um im Sinn einer „inneren Vereinigungspolitik" diese Spannungen zu überwinden. Die Tarifpolitik kommt dabei nicht nur wegen der bisher linearen Lohnerhöhungs-Muster ins Spiel. Zur Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung, zum Abbau von weiteren geschlechtsspezifischen und anderen Diskrepanzen in der Arbeitnehmerschaft kann sie genauso beitragen. Wenn der Staat z. B. die Problematik der geringfügigen Beschäftigung nicht durch eine weitgehende Sozialversicherungspflicht lösen will, so kann das die Tarifpolitik zumindest branchenweise durch den tarifvertraglichen Ausschluß von geringfügiger Beschäftigung versuchen.

[34]) Vgl. zu dieser Alternative ausführlich *Bäcker, G., Steffen, J.*, Reichtum im Westen – Armut im Osten? – Neue Gesellschaftsspaltungen machen soziale Mindestsicherung erforderlich, in: WSI-Mitteilungen 5/1991, S. 292 ff.

[35]) Vgl. dazu „Sozialhilfeempfänger sollen vor Gericht klagen – Wohlfahrtsverbände sehen neue Regelsätze als Verstoß gegen das Bedarfsdeckungsprinzip", in: Frankfurter Rundschau vom 27. 6. 1991. – Zur Kritik an der generellen Höhe der Sozialhilfesätze vgl. z. B. *DGB* (Hrsg.), DGB und Wohlfahrtsverbände fordern Aufstockung der Sozialhilfe, in: DGB-Nachrichtendienst 107/1991 vom 19. April 1991 sowie *Roth, R.*, Wenn das Geld nur noch für Nudeln und ein Marmeladenbrot reicht – Kurzfassung einer demnächst erscheinenden Studie der Fachhochschule Frankfurt zur Sozialhilfe-Praxis, in: Frankfurter Rundschau vom 8. 5. 1991.

Betriebsnutzungszeiten, Schichtarbeit und Kostenaspekte

Von Hartmut Seifert*)

1. Problemstellung

Die Dauer der Betriebsnutzungszeiten wirkt sich in vielfältiger Weise auf die gesellschaftliche und individuelle Wohlfahrt aus. Sie bestimmt die Zeitphasen, in denen Güter produziert werden und die Bevölkerung mit Dienstleistungen versorgt wird. Zugleich sind die Betriebsnutzungszeiten die entscheidende Größe für die Lage der Arbeitszeiten. In aller Regel gilt, daß (jenseits einer bestimmten Marke) mit zunehmender Betriebsnutzungszeit auch das Ausmaß der Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit steigt und umgekehrt. Aufgrund dieses engen Zusammenhangs sind die durch Verlängerungen der Betriebsnutzungszeiten ausgelösten ökonomischen und sozialen Effekte sehr ambivalent zu bewerten[1]). Vor allem bei kapital- und energieintensiver Produktion lassen sich die Kosten je Produkteinheit verringern. Schichtzuschläge steigern gleichzeitig die Einkommen. Diese positiven ökonomischen Effekte müssen jedoch häufig mit erheblichen Abstrichen in der immateriellen Wohlfahrt bezahlt werden. Negativ zu Buche schlagen speziell bei Nachtarbeit kaum vermeidbare gesundheitliche Beeinträchtigungen, die die Arbeitsfähigkeit mindern und langfristig sogar die Erwerbs- und Einkommenschancen schmälern können. Darüber hinaus schränken Nacht- und Wochenendarbeit die Möglichkeiten ein, am sozialen Leben teilzuhaben.

Angesichts dieses komplexen Wirkungszusammenhangs ist die Frage, in welche Richtung und mit welcher Geschwindigkeit sich Betriebsnutzungs- und Schichtzeiten verändern, von hoher ökonomischer und sozialer Relevanz. Die nachfolgenden Ausführungen versuchen zunächst, die aktuellen Trendlinien nachzuzeichnen, um anschließend der Frage nachzugehen, welche Faktoren die Dauer der Betriebsnutzungszeiten beeinflussen. Dabei läßt sich für das Produzierende Gewerbe zeigen, daß der Stromeinsatz je Produkteinheit eine relativ starke Rolle spielt. In anderen Wirtschaftsbereichen kommen dagegen andere Faktoren wie die Ausweitung konsumnaher Dienstleistungen ins Spiel. Schließlich kann der Einsatz moderner Technik auch zu einem Rückgang der Schicht-, Nacht und Sonntagsarbeit führen.

Gliederung

1. Problemstellung

2. Stand und Entwicklung von Schichtarbeit und Betriebsnutzungszeiten
2.1 Schicht-, Nacht- und Sonntagsarbeit
2.2 Betriebsnutzungszeiten

3. Einflußgrößen auf Betriebsnutzungszeiten und Schichtarbeit
3.1 Bestimmungsgrößen im Verarbeitenden Gewerbe
3.1.1 Kostenaspekte
3.1.2 Schätzung der Bestimmungsfaktoren
3.2 Einflußzusammenhänge im teriären Sektor

4. Ausblick

2. Stand und Entwicklung von Schichtarbeit und Betriebsnutzungszeiten

2.1 Schicht-, Nacht- und Sonntagsarbeit

Ausmaß und Struktur der Schicht-, Nacht- und Sonntagsarbeit hat zuletzt der Mikrozensus von 1989 erfaßt. Diese Daten lassen sich mit den Befunden aus der EG-Arbeitskräftestichprobe von 1975 vergleichen, wobei allerdings nur nach Wirtschaftsbereichen nicht aber nach Wirtschaftszweigen differenziert werden

*) Dr. rer. pol., Wissenschaftlicher Referent im WSI, Düsseldorf.

[1]) Hierzu ausführlich: *Joachim, P., Seifert, H.*, Neue Technik und Arbeitszeitgestaltung, Opladen 1991, S. 221 ff.